



ST.GALLEN

Sturm auf den
Ständerat

APPENZEL AUSSERRHODEN

Verteidigt FDP ihren
Sitz im Nationalrat?

APPENZEL INNERRHODEN

Wahlgang mit klarem
Ausgang

IHK facts

Spezialausgabe zu den Wahlen 2015



IHK
St. Gallen
Appenzell



Liebe Leserin, Lieber Leser

In der Schweiz haben Wahlen aufgrund unserer direkten Demokratie nicht den gleichen Stellenwert wie in anderen Ländern. Schliesslich werden wir jedes Jahr mehrere Male an die Urne gebeten, um unsere Meinung zu Vorlagen auf eidgenössischer, kantonaler oder kommunaler Ebene kundzutun. Zudem kann grundsätzlich jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger mit Initiativen und Referenden jederzeit unliebsamen Entwicklungen in der Politik entgegenwirken.

Die Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell engagiert sich denn auch nicht nur vor Wahlen in der Politik. Wir sind im Gegenteil dafür bekannt, uns öfters in die wirtschaftspolitische Diskussion einzuschalten – häufiger und deutlicher als wohl vielen lieb ist. Und das ist auch gut so. Und dennoch: Wahlen sind von enormer Bedeutung. Sie geben uns alle vier Jahre die Gelegenheit mitzubestimmen, welche Mehrheiten in den Parlamenten und Regierungen möglich werden. Diese Mehrheiten wiederum entscheiden, welche Stossrichtung die Politik während der nächsten Legislatur einschlagen wird.

Als Wirtschaftsverband möchten wir Ihnen deshalb mit diesem IHKfacts-Sonderheft sowie der Online-Plattform www.wir-wählen-wirtschaft.ch eine Hilfestellung für die anstehenden eidgenössischen Wahlen bieten. Wir Unternehmer beklagen uns ab und zu, dass in den Parlamenten kaum mehr echte Wirtschaftsvertreter sitzen. Also lernen wir für einmal von der Landwirtschaft und wählen wir Vertreterinnen und Vertreter unserer Wirtschaft – unabhängig von deren Parteifarbe. Die verschiedenen in diesem Heft publizierten Porträts erlauben es Ihnen, selbst zu beurteilen, welche Kandidierenden Ihnen näher liegen. Dies anhand einer Grafik, die das Stimmverhalten in den für uns wichtigsten wirtschaftspolitischen Abstimmungsvorlagen der letzten vier Jahre darstellt.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und vor allem eine gute Wahl am 18. Oktober 2015!

Peter Spenger



Peter Spenger
Präsident IHK St. Gallen-Appenzell





Impressum

Spezialausgabe des Wirtschaftsmagazins IHKfacts zu den eidgenössischen Wahlen 2015

Herausgeberin: Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell, Gallusstrasse 16, 9001 St.Gallen, Telefon 071 224 10 10, Fax 071 224 10 60, info@ihk.ch, www.ihk.ch

Redaktion: IHK, Robert Stadler, Telefon 071 224 10 10, robert.stadler@ihk.ch

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Dr. Frank Bodmer, Karin Schwarz, Dr. Kurt Weigelt

Layout und Druck: galledia ag, Burgauerstrasse 50, 9230 Flawil
www.galledia.ch

Auflage: Druckauflage 8000 Exemplare

Onlineversion: www.wir-waehlen-wirtschaft.ch



MIX

Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C011710



Dafür kämpfen wir

Die wirtschaftspolitischen Grundsätze der IHK St. Gallen-Appenzell

Wer bitte ist wirtschaftsfreundlich?

Online-Plattform schafft Transparenz

Ein Rechteck als Wahlhelfer

Grafik stellt das Abstimmungsverhalten der Kandidierenden dar

Kandidierende müssen Farbe bekennen

Die wirtschaftspolitischen Abstimmungen der Legislatur

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 06



Sturm auf den Ständerat

So viele Kandidaturen wie kaum je zuvor

Kandidaturen Ständerat

Sechs Kandidierende stellen sich vor

Kandidaturen Nationalrat

24 Kandidierende stellen sich vor

ST.GALLEN 12



Kann die FDP ihre Stellung verteidigen?

Andrea Caroni möchte in kleine Kammer wechseln

Kandidaturen Ständerat und Nationalrat

Je ein Kandidat stellt sich vor

APPENZELL AUSSERRHODEN 28



Landammann kandidiert erneut für Nationalrat

Ständerat Ivo Bischofberger bereits wiedergewählt

Kandidatur Nationalrat

Amtsinhaber Daniel Fässler stellt sich vor

APPENZELL INNERRHODEN 30



Die wirtschaftspolitischen Grundsätze der IHK St.Gallen-Appenzell

Dafür kämpft die IHK St.Gallen-Appenzell



Dr. Kurt Weigelt
Direktor IHK

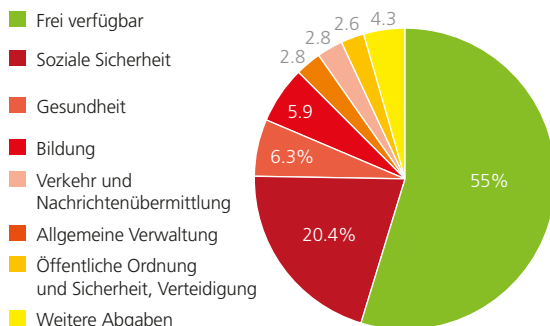
Die Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell engagiert sich nicht nur vor Wahlen in der Politik. Als aktiver Ostschweizer Wirtschaftsverband ist es eine ihrer Hauptaufgaben, sich gegenüber Staat und Öffentlichkeit für eine offene und wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft einzusetzen. Die folgenden vier Themen zeigen die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Positionen der IHK St.Gallen-Appenzell auf.

Für mehr unternehmerische Freiheit

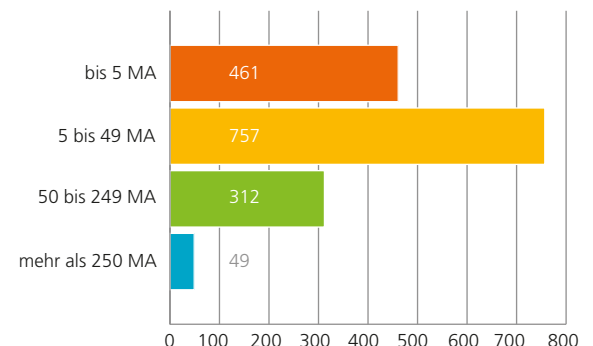
Wir leben in Halbfreiheit. Knapp die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts in der Schweiz wird durch den Staat oder nach staatlichen Vorschriften ausgegeben. Ohne Unterbruch wird reglementiert, kontrolliert und abkassiert. Mit der Bildung, den elektronischen Medien, dem Gesundheitssektor und der Infrastruktur sind wichtige Wachstumsbranchen verstaatlicht und als Service public der privaten Initiative mehr oder weniger entzogen. Dagegen wehren wir uns. Die Schweiz braucht mehr unternehmerische Freiheit und weniger Staat. Der Weg in eine erfolgreiche Zukunft führt auch im 21. Jahrhundert über die fundamentalen Werte einer freien Gesellschaft. In erster Linie geht es um die persönliche Freiheit, das Recht auf Privateigentum und das Wettbewerbsprinzip. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, für das eigene Handeln einzustehen. Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen.

Für starke KMU

Zwischen 2004 und 2014 ist der Umfang der Bundeserlasse von 54 000 Seiten auf 67 000 Seiten gestiegen. Diese Regulierungswut belastet unsere Wirtschaft mit sinnlosen Kosten. Darüber hinaus, und dies dürfte langfristig noch fataler sein, beschädigt die Bürokratiespirale das Unternehmertum. Insbesondere in kleineren und mittleren Unternehmen geht es vielfach nicht um kurzfristigen Gewinn und Marktanteile. Weit wichtiger ist die Freiheit, selbst entscheiden zu können. Die Motivation macht den Unterschied. Dies trifft für die Ostschweizer Unternehmen ganz besonders zu. Wir verdanken unsere wirtschaftliche Stärke nicht einigen wenigen Global Players, sondern einer Vielzahl von kleineren, mittleren und grossen Unternehmen. Dies gilt auch für die IHK St.Gallen-Appenzell. Drei Viertel unserer Mitgliedunternehmen beschäftigen weniger als 50, ein Drittel weniger als 5 Mitarbeitende.



Knapp die Hälfte des BIP verwaltet der Staat.

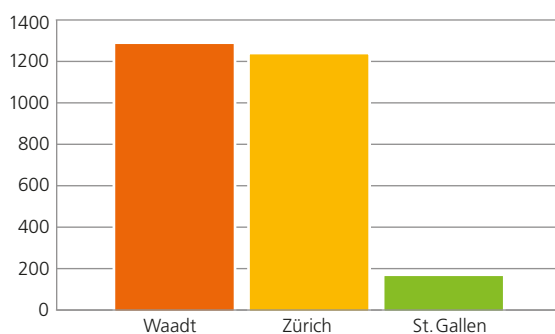


Anzahl IHK-Mitgliedunternehmen nach Unternehmensgrösse.



Für mehr Ostschweiz

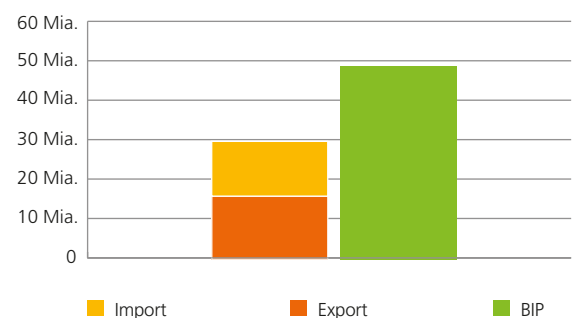
Im Raumkonzept Schweiz kommt der Ostschweiz die Rolle als Vorzimmer der Metropolitanregion Zürich zu. Internationale Ausstrahlung, Standortvoraussetzungen für die Wissensökonomie, konkurrenzfähige Lebensbedingungen für hochqualifizierte Beschäftigte und hervorragende internationale Verkehrsanbindungen dagegen werden als Besonderheiten der Metropolitanregionen definiert. Dies ist für die IHK St.Gallen-Appenzell nicht akzeptierbar. Die Probleme überfüllter Züge und verstopfter Strassen können nicht mit der Konzentration staatlicher Investitionen auf die bereits heute überforderten Zentren Zürich, Basel und Lausanne/Genf gelöst werden. Die Schweiz braucht keine weitere Zentralisierung, sondern starke Regionen. Dazu gehört, dass sich die Ostschweiz von ihren regionalen und kantonalen Befindlichkeiten verabschiedet, gemeinsame Interessen definiert und diese geschlossen vertritt.



Bundesbeiträge für die Hochschulen pro Einwohner in CHF.

Für offene Grenzen

Die Ostschweiz lebt von und mit dem Ausland. Knapp zwei Drittel unseres Bruttoinlandproduktes verdienen wir im Aussenhandel. Die Importquote beträgt 28%, die Exportquote 33%. Entscheidend sind dabei unsere europäischen Nachbarländer. 70% unserer Exporte gehen nach Europa. Dies gilt ganz besonders für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, die im St.Galler Rheintal rund die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigt. Wir sind auf intakte Beziehungen zum Ausland angewiesen. Dazu gehören für uns offene Grenzen für Güter, Dienstleistungen und Personen – und dies seit jeher. Die IHK St.Gallen-Appenzell wurde vor 550 Jahren von Fernhändlern gegründet, die mit ihrer Leinwand ganz Europa bedienten. Die Globalisierung ist für uns Chance, und nicht Risiko. Wir vertrauen auf die Innovationskraft unserer Unternehmen sowie die Loyalität und Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeitenden.



Aussenhandel der Ostschweiz.



www.wir-wählen-wirtschaft.ch: Online-Plattform schafft Transparenz für die eidgenössischen Wahlen

Wer bitte ist wirtschaftsfreundlich?



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Angesichts der zunehmenden Verstaatlichung der Schweiz sollten die Interessen der Ostschweiz vermehrt von Persönlichkeiten wahrgenommen werden, die nicht den Staat oder staatsnahe Branchen vertreten. Das vorliegende IHKfacts-Sonderheft und eine Online-Plattform präsentieren Kandidierende aus der privaten Wirtschaft und schaffen dank einer Auswertung früherer Abstimmungen Transparenz – damit Sie am 18. Oktober die richtige Wahl treffen.

Mit Wahlempfehlungen von Verbänden sind selten alle glücklich. Entweder zeigen sich Politikerinnen oder Politiker enttäuscht, wenn sie nicht mit Pauken und Trompeten zur Wahl empfohlen werden. Oder Dritte sehen nicht ein, weshalb Kandidat A auf dem Verbandsticket aufgeführt wird, während Kandidatin B keine Unterstützung erfährt. Ebenfalls möglich ist, dass der Verband am Ende selbst enttäuscht ist über seine eigene Wahlempfehlung. Dies kann dann vorkommen, wenn er seine Wahlempfehlung auf Absichtserklärungen der Kandidierenden abstützte. Man kennt es: Vor den Wahlen werden Versprechen abgegeben, die später gebrochen werden. Einmal im Amt werfen Gewählte ab und zu ihre frühere Haltung über Bord – sei es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, aufgrund eines Fraktionszwangs oder aus opportunistischen Gründen, weil die Mehrheitsmeinung mittlerweile gewechselt hat. Ein solches Beispiel erlebte man vor vier Jahren: Noch anfangs 2011 sprachen sich wirtschaftsfreundliche Vertreter klar für neue Kernkraftwerke aus, die konstant, klimaschützend und kostengünstig Strom liefern. Nach dem Reaktor-Unfall von Fukushima war diese Position bei vielen plötzlich Makulatur.

Das Geschwätz von gestern

Die Vergangenheit zeigt, dass im Wahlkampf gemachte Absichtserklärungen zur Beurteilung der Kandidierenden nur bedingt taugen.

Ganz nach dem Bonmot: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern...» Deshalb hat der IHK-Vorstand beschlossen, sich bei der Beurteilung der Kandidierenden auf deren tatsächliches Abstimmungsverhalten abzustützen. Dieses Vorgehen ist fair und weitgehend nachprüfbar. Kandidierende von SVP, CVP, FDP, glp, EVP und BDP erhielten die Gelegenheit, ihre Haltung bei den für die IHK wichtigsten wirtschaftsrelevanten Abstimmungsvorlagen der letzten Legislatur selbst zu deklarieren.

Grafik schafft Transparenz

Kandidierende, die bei einem IHK-Mitgliedunternehmen beschäftigt sind, profitieren dabei von einem kostenlosen Porträt. Alle anderen bürgerlichen Kandidierenden konnten ebenfalls ein Porträt buchen – allerdings gegen einen Unkostenbeitrag. Dies führte zu der in diesem Heft präsentierten Auswahl an Kandidierenden. Wer für eine Partei von Mitte-Rechts für den Ständerat kandidiert, konnte

sich ebenfalls zu Lasten der IHK präsentieren. Entscheidendes Element der Porträts ist eine rechteckige Grafik, die über das Abstimmungsverhalten bei wichtigen Vorlagen informiert (siehe Artikel auf der rechten Seite). Die Grafik schafft damit Transparenz für die Wählerinnen und Wähler.

www.wir-wählen-wirtschaft.ch

Eine noch übersichtlichere und individuellere Möglichkeit, sich über die Profile der einzelnen Kandidierenden zu informieren ist die speziell für die eidgenössischen Wahlen von diesem Herbst erstellte Online-Plattform www.wir-wählen-wirtschaft.ch. Dort sind ebenfalls alle Porträts und Informationen zu den in diesem Heft vorgestellten Kandidierenden zu finden. Wer zum Beispiel wissen möchte, welche Kandidatin oder welcher Kandidat für die Masseneinwanderungs-Initiative stimmte, kann dies dank einer eingebauten Filterfunktion einfach und schnell herausfinden.



Die Online-Plattform www.wir-wählen-wirtschaft.ch informiert über Kandidierende.



Was sagt die Grafik bei den Kandidierenden-Porträts aus?

Ein Rechteck als Wahlhelfer

Robert Stadler
Leiter Kommunikation / Stv. Direktor IHK

War ein Kandidierender für oder gegen die Masseneinwanderungsinitiative? Engagierte sich Kandidatin X gegen die Energiesteuer? Was hielt Kandidat Y von der Abzocker-Initiative? Eine rechteckige Grafik gibt schnell Aufschluss über solche Fragen. Je grösser die grüne Fläche insgesamt ist, desto wirtschaftsfreundlicher positioniert sich ein Kandidierender – basierend auf den wichtigsten wirtschaftspolitischen Abstimmungen der letzten Legislatur.

Seit einigen Jahren kennt man den sogenannten Smartspider, der den unschlüssigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern den Wahlentscheid erleichtern soll. Mithilfe einer Grafik kann die Positionierung eines Kandidierenden schnell erfasst werden. Auch bei der IHK-Wahlplattform wird durch ein grafisches Element Transparenz geschaffen. Während der Smartspider verschiedene Ebenen respektive Politbereiche abdeckt, fokussiert sich die Grafik im vorliegenden Heft auf die wirtschaftspolitischen Positionen. Die rechteckige Grafik, die aus mehreren unterschiedlich grossen Feldern besteht, ist bei jedem Kandidierenden-Porträt zu finden.

Wie die Grafik gelesen wird

Die einzelnen Felder

Die rechteckige Grafik zeigt das Stimmverhalten zu insgesamt elf eidgenössischen Abstimmungsvorlagen der Legislatur 2011–2015. Ausgewählt wurden dabei all jene eidgenös-

sischen Vorlagen, bei denen sich die IHK selbst im Abstimmungskampf engagiert hat. Auf der nächsten Doppelseite wird kurz daran erinnert, worum es in den einzelnen Abstimmungen genau ging und welche Haltung die IHK St.Gallen-Appenzell bei der Vorlage einnahm. Der Übersichtlichkeit halber werden die Felder mit einem Buchstaben beschriftet (siehe Mustergrafik unten) – auf jeder Seite wiederholt sich die Legende in der Fusszeile.

Grösse der Felder

Je grösser das Feld, desto bedeutender war die Vorlage für den Wirtschaftsstandort. So werden die aus Sicht der IHK wirtschaftsrelevantesten Abstimmungen – nämlich die Masseneinwanderungs-Initiative (A) oder die Mindestlohn-Initiative (B) – mit einem deutlich grösseren Feld dargestellt als beispielsweise die weniger bedeutende Aufgabe der Buchpreisbindung (F) oder die Initiative zur Erhöhung der obligatorischen Ferienzeit (G).

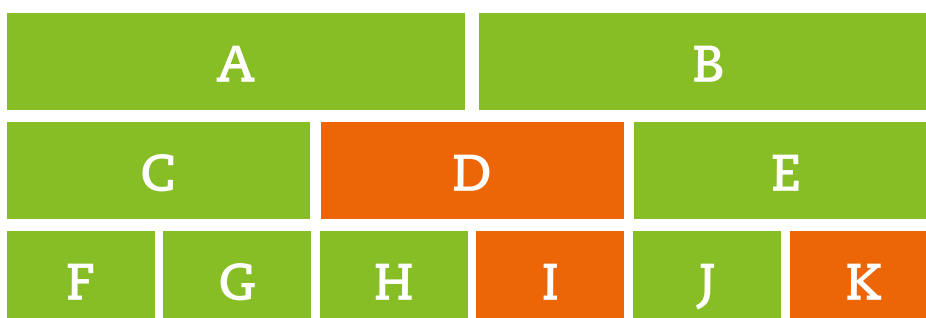
Farbe der Felder

Die Farbe klärt darüber auf, ob die Kandidatin oder der Kandidat bei den einzelnen Vorlagen eine aus Sicht der IHK wirtschaftsfreundliche Position einnahm oder nicht. Wer im Einklang mit der IHK stimmte, erhält ein grünes Feld, wer entgegen der Abstimmungsempfehlung der IHK handelte, ein rotes Rechteck.

Da es sich bei allen Abstimmungsvorlagen um Angriffe gegen die Wirtschaft handelte, bedeutet die Ablehnung einer Vorlage immer ein grünes Feld, die Zustimmung zu einer Vorlage ein rotes Feld.

Interpretation

Durch die Grösse, Farbe und Anzahl der Rechtecke lässt sich bei jeder und jedem Kandidierenden auf einen Blick erfassen, wie oft und wie stark sie bzw. er sich für die Wirtschaftsinteressen einsetzte. Daraus lässt sich indirekt eine Wahlempfehlung der IHK ablesen: Je grösser die grüne Fläche insgesamt ist, desto wertvoller wäre eine Kandidatin oder ein Kandidat, um den Wirtschaftsstandort Schweiz in den nächsten vier Jahren zu stärken.





Erklärung der in der Rechteck-Grafik dargestellten Vorlagen

Die wirtschaftspolitischen Abstimmungen der Legislatur



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Wie man die rechteckige Grafik liest, wird auf der letzten Seite erklärt. Doch welche Abstimmungen sind mit den Buchstaben «A» bis «K» konkret gemeint? Worum ging es damals bei der Volksabstimmung zum Familienartikel überhaupt? Und welche Haltung hatte die IHK St.Gallen-Appenzell bei der Masseneinwanderungsinitiative? Eine Rückschau über die wichtigsten wirtschaftspolitischen Volksabstimmungen der letzten Jahre.

A. Volksinitiative gegen Masseneinwanderung

Die SVP-Initiative verlangte einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik, um die Immigration zu begrenzen. Anstelle der Personenfreizügigkeit soll der Staat jährliche Höchstzahlen für Bewilligungen im Ausländer- und Asylbereich festlegen. Betroffen von der Regelung sind sowohl Grenzgänger, Arbeitskräfte und Asylsuchende.

Die IHK bekämpfte die Initiative engagiert, da der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz zu einem grossen Teil der Personenfreizügigkeit zu verdanken ist. Die Initiative riskiert die Auflösung der bilateralen Verträge mit der EU – mit entsprechend weitreichenden negativen Folgen für unsere Wirtschaft.

Die Vorlage wurde am 9. Februar 2014 mit 50,3% angenommen.

B. Mindestlohn-Initiative

Die Initiative verlangte, dass Bund und Kantone Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen fördern und dass ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festgelegt wird. Dies entspricht rund 4 000 Franken monatlich.

Die IHK setzte sich klar gegen die Initiative ein. Leidtragende der Initiative wären nicht zuletzt Berufseinsteiger, Wiedereinsteiger oder weniger gut Qualifizierte gewesen. Denn wo es Mindestlöhne gibt, werden schwächere Arbeitnehmende häufiger durch Maschinen

oder produktivere Mitarbeitende ersetzt. Gerade die Ostschweiz würde unter einem schweizweiten Mindestlohn stärker leiden. Dies weil hier die Lebenshaltungskosten tiefer liegen als in Metropolitanregionen wie Zürich oder am Genfersee, was sich auch in unterschiedlichen Lohnstrukturen widerspiegeln muss. Ansonsten verliert die Ostschweiz an Wettbewerbsfähigkeit.

Die Vorlage wurde am 18. Mai 2014 mit 76,3% abgelehnt.

C. Ecopop-Initiative

Die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung» wollte die jährliche Nettozuwanderung auf 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung beschränken. Beim heutigen Stand könnten so netto maximal 16 000 Personen pro Jahr einwandern. Um das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zu stoppen, sollten ausserdem zehn Prozent der bestehenden Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden.

Die IHK empfahl die Nein-Parole. Die Initiative verband ein schädliches mit einem absurden Ziel: Zum einen hätte sie die Zuwanderung praktisch verunmöglicht und so den Fachkräftemangel deutlich verschärft. Zum anderen wäre es anmassend, dem Ausland durch Verteilen von Kondomen Verhütung zu predigen.

Die Vorlage wurde am 30. November 2014 mit 74,1% abgelehnt.

D. Energiesteuer

Die GLP-Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangte die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran. Die steuerliche Mehrbelastung des Energieverbrauchs sollte durch die Abschaffung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Mit diesen Forderungen wollten die Initianten die Energieeffizienz erhöhen, erneuerbare Energien fördern und den Ausstoss von CO₂-Emissionen reduzieren.

Die IHK empfahl die Initiative zur Ablehnung, da sie massiv höhere Energiekosten zur Folge gehabt hätte. Unsere Wirtschaft hätte daraus im Vergleich zum Ausland einen markanten Wettbewerbsnachteil erfahren.

Die Vorlage wurde am 8. März 2015 mit 92% abgelehnt.

E. Erbschaftssteuer

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» forderte die Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer. Diese sollte auf Nachlässen und Schenkungen über zwei Millionen Franken zu einem Satz von 20 Prozent erhoben werden. Der Ertrag der Steuer wäre zu zwei Dritteln an den Ausgleichsfonds der AHV und zu einem Drittel an die Kantone gegangen. Die Initiative sah eine rückwirkende Einführung der Steuer per 1. Januar 2012 vor.



Die IHK empfahl die Nein-Parole, weil die Initiative eine dauerhafte Schwächung der Schweizer Familienunternehmen bedeutet hätte. Da Firmenkapital üblicherweise im Unternehmen gebunden und nicht frei verfügbar ist, hätte die zusätzliche Besteuerung Nachfolgeregelungen massiv erschwert. Die Kosten gingen zulasten von Risikokapital und Investitionen, die für das langfristige Überleben der Familienbetriebe entscheidend sind. Die Vorlage wurde am 14. Juni 2015 mit 71% abgelehnt.

F. Buchpreisbindung

Das Ziel der Vorlage war es, die Vielfaltigkeit von Büchern in der Schweiz zu fördern. Dies sollte durch eine Bindung der Buchpreise geschehen, d.h. die Verleger könnten die Verkaufspreise von Büchern wieder selbst festlegen. Dagegen wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Beim Urnengang wurde deshalb über die Wiedereinführung der Buchpreisbindung abgestimmt. Ein «Ja» bedeutete eine Annahme der Buchpreisbindung, ein «Nein» deren Ablehnung.

Die IHK empfahl die Nein-Parole, dies aus der Überzeugung, dass sich der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel nicht durch Preisdiktate wie eine Buchpreisbindung aufhalten lässt. Kartellabsprachen helfen den Grossunternehmen, bestrafen innovative Kleinunternehmen und hätten zu vermehrtem Einkaufstourismus im Ausland geführt. Die Vorlage wurde am 11. März 2012 mit 56,1% abgelehnt.

G. 6 Wochen Ferien

Die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» (Ferien-Initiative) der Gewerkschaft Travail Suisse hatte zum Ziel, den Mindestanspruch auf bezahlte Ferien zu erhöhen. Neu sollten alle Arbeitnehmenden mindestens sechs Wochen bezahlte Ferien beziehen können.

Die IHK empfahl die Nein-Parole. Allein die Schweizer KMU hätte die Erhöhung der Ferienzeit über sechs Milliarden Franken gekostet. Die staatliche Verordnung von mehr Ferien würde letztlich zu weniger Jobs führen, da die ohnehin schon hohen Lohnkosten in der Schweiz weiter steigen würden.

Die Vorlage wurde am 11. März 2012 mit 66,5% abgelehnt.

H. 1:12-Initiative

Die Initiative verlangte, dass in einem Unternehmen der höchste bezahlte Lohn nicht mehr als das Zwölfwache des tiefsten beträgt. Damit sollten die Löhne des obersten Kaders eingeschränkt werden.

Die IHK empfahl die Nein-Parole. Die Einführung eines starren Lohnverhältnisses wäre ein massiver Eingriff in die Wirtschafts- und Vertragsfreiheit. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, die Löhne von privaten Unternehmen festzusetzen.

Die Vorlage wurde am 24. November 2014 mit 65,3% abgelehnt.

I. Familienartikel

Der Bundesbeschluss über die Familienpolitik hatte zum Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung in den Zuständigkeitsbereich des Bundes zu legen.

Das Parlament hat den Verfassungsartikel, ausgehend von einer parlamentarischen Initiative, erarbeitet. Aufgrund des obligatorischen Referendums konnte die Stimmbewölkerung an der Urne darüber befinden.

Die IHK empfahl die Vorlage zur Ablehnung, obwohl sie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenfalls höchste Priorität einräumt. Dies aus der Überzeugung, dass neue staatliche Vorschriften keine Lösung sind. Es wurde argumentiert, dass der Verfassungsartikel eine Aushöhlung der Eigenverantwortung der einzelnen Familie darstellt und zu neuen staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt führen wird.



Die Vorlage wurde am 3. März 2013 mit 54,3% angenommen.

J. Minder-Initiative

Managerlöhne sind gerade aufgrund der guten Wirtschaftslagen viel stärker gewachsen als die durchschnittlichen Löhne. Um die Bestimmung der Managerlöhne sowie der Abgangentschädigungen den Aktionären zu überlassen, wurde die «Initiative gegen die Abzockerei (Minder-Initiative)» lanciert.

Die IHK empfahl die Nein-Parole. Zwar schwächen überrissene Löhne den Zusammenhalt des Landes und schaden der Wirtschaft. Die Minder-Initiative war aus Sicht der IHK jedoch die falsche Antwort. Ihr Versprechen – die Verhinderung von exorbitanten Entschädigungen – konnte sie gar nicht einlösen. Dafür führt die Initiative bei den Unternehmen zu viel bürokratischem Zusatzaufwand und eingeschränktem Handlungsspielraum.

Die Vorlage wurde am 3. März 2013 mit 68% angenommen.

K. Raumplanung

Die Siedlungsfläche in der Schweiz nimmt laufend zu, indem mehr Bauzonen geschaffen werden. Diese Entwicklung wollten Parlament und Bundesrat mit einer Änderung des Raumplanungsgesetzes (RPG) einschränken. Die Änderung zielte darauf ab, weniger Kulturlächen zu überbauen und mehr Wohnraum in den bestehenden Zentren von Dörfern und Städten zu schaffen.

Die IHK lehnte die RPG-Revision ab. Dies aus der Überzeugung, dass Probleme immer auf der tiefstmöglichen politischen Stufe gelöst werden sollten, da die lokalen Fragestellungen vor Ort am besten beurteilt werden können. Die RPG-Revision hingegen steuert in die Gegenrichtung und schlägt die ganze Schweiz über einen Leisten – ungeachtet der unterschiedlichen kantonalen Verhältnisse. Zudem störte sich die IHK an der Einschränkung der Eigentumsrechte durch die Rückzonungspflicht sowie die Mehrwertabgabe von mindestens 20 Prozent.

Die Vorlage wurde am 3. März 2013 mit 62,9% angenommen.

Quelle: www.vimentis.ch



Kanton St. Gallen: Zwölf Nationalratssitze und zwei Ständeratsmandate

Sturm auf den Ständerat

Gleich acht Kandidatinnen und Kandidaten buhlen um die beiden Ständeratssitze. Bei den Nationalratswahlen stellt sich vor allem die Frage, ob es den Grünliberalen gelingen wird, ihren Sitz zu verteidigen.

Zwar stellen sich mit Karin Keller-Sutter und Paul Rechsteiner beide bisherigen Ständeratsmitglieder für eine weitere Legislatur in der kleinen Kammer zur Verfügung. Trotzdem bewerben sich Kandidierende aus allen acht im St.Galler Kantonsrat vertretenen Parteien um einen Sitz im Stöckli. Zum einen, weil ein Linkspolitiker wie Paul Rechsteiner in einem bürgerlich geprägten Kanton nicht so richtig zum Standesvertreter taugt, primär aber aus Gründen der Wahlwerbung: Medial wird der Ständeratswahlkampf im Zentrum stehen. Von dieser Aufmerksamkeit möchten auch die kleinen Parteien profitieren. Dabei spekulieren BDP, EVP und GLP nicht ernsthaft auf einen Ständeratssitz, sondern suchen vielmehr den Werbeeffect für die Nationalrats-

wahlen. Neben der weitgehend unumstrittenen Karin Keller-Sutter buhlen nur Thomas Müller von der SVP und CVP-Kandidat Thomas Ammann ernsthaft um einen Sitz in der kleinen Kammer. Bei so vielen Kandidaturen ist ein zweiter Wahlgang fast sicher und der dürfte spannend werden: Wenn sich die Bürgerlichen dann gemeinsam auf den aussichtsreichsten Kandidaten einigen, könnte es für Paul Rechsteiner (seit 1986 in Bundesbern!) eng werden. Schlägt dann vielleicht sogar die Stunde des abtretenden CVP-Regierungsrates Martin Gehrer?

Rücktritt bei der CVP

Der Ständeratskandidat der CVP, Thomas Ammann, könnte dann nämlich ein Ziel bereits

erreicht haben: Seine Chancen auf einen Nationalratssitz stehen gut. Schliesslich war er schon bei der letzten Wahl erster Ersatz auf der CVP-Liste, und seine Partei verzeichnet mit Lucrezia Meier-Schatz den einzigen Rücktritt im Kanton St. Gallen.

GLP unter Druck

Spannend wird im Kanton St.Gallen vor allem die Frage, ob es den Grünliberalen gelingen wird, ihren Sitz zu verteidigen. Bei den letzten Wahlen errangen sie diesen dank geschickter Listenverbindungen auf Kosten der SVP. Ohne diese Listenverbindungen ist es jedoch wahrscheinlicher, dass der Sitz zu einer anderen Partei wandert: zur FDP, zur CVP oder wieder zurück zur SVP. (ros)



Keller-Sutter Karin

Partei: FDP
 Beruf: Ständerätin
 Jahrgang: 1963
 Wohnort: Wil
 Internetauftritt: www.karin-keller-sutter.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Mit Herzblut für St. Gallen im Ständerat

Mit viel Freude und Engagement bin ich seit 2011 Ständerätin des Kantons St. Gallen. Meine Arbeit im Ständerat basiert auf zwei grundlegenden Prinzipien.

Erstens verfolge ich in allen Politikbereichen eine konsequent bürgerlich-liberale Linie. Die Regulierungswut in vielen Wirtschafts- und Lebensbereichen, das abnehmende Vertrauen in die Freiheit des Einzelnen wie auch der Wirtschaft, der zunehmende Glaube in staatliche Lösungen, Eingriffe und Kontrollorgane und die Überzeugung, der Staat sei besser geeignet, Gerechtigkeit und Freiheit herzustellen als der einzelne Mensch, führen dazu, dass unsere freiheitliche Ordnung langsam, aber sicher bröckelt. Hier habe ich Gegensteuer gegeben und möchte es auch weiterhin tun!

Das zweite Prinzip, das meine Arbeit prägt, ist das Bewusstsein, dass ich in erster Linie Ständesvertreterin bin. Ich habe mich denn auch erfolgreich für zentrale Infrastrukturprojekte, wie den Bahnausbau zwischen St. Gallen und

Chur sowie die Engpassbeseitigung auf der St. Galler Stadtautobahn, eingesetzt. Zudem soll die Wirtschaftsregion Ostschweiz mit dem Metropolitanraum St. Gallen-Bodensee ein eigenständiges Profil erhalten und sich nicht mit der Rolle als Vorhof von Zürich begnügen.

Mit der Unternehmenssteuerreform III, der Altersvorsorge 2020 und der Fortsetzung des bilateralen Wegs stehen drei grosse Weichenstellungen an, die für unser Land und auch die exportorientierte Ostschweiz zentral sind. Gerade vor dem Hintergrund der Frankenstärke, welche die St. Galler Wirtschaft besonders trifft, schaffen wir damit die Voraussetzungen dafür, dass wir die Arbeitsplätze in der Ostschweiz halten können. Ich freue mich, wenn ich unseren Kanton weiter in Bern vertreten darf, und danke Ihnen für Ihre Unterstützung.



Müller Thomas

Partei: SVP
 Beruf: Stadtpräsident/llic. iur. Rechtsanwalt
 Jahrgang: 1952
 Wohnort: Rorschach

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Eine Mehrheit für den Wirtschaftsstandort Schweiz

Der Schweiz geht es derzeit zweifellos besser als den meisten anderen europäischen Ländern. Ich stelle aber in Frage, ob wir das den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Bundesparlament verdanken. Im Gegenteil: In der laufenden Amtsdauer haben Parlament und Bundesrat Schritt für Schritt an bisherigen Standortvorteilen gekratzt.

Das gilt nicht nur im Verhältnis zum Ausland. Auch im Inland sind durch neue Vorschriften und Verbote Freiheiten verloren gegangen – insbesondere zulasten der Unternehmen. Immer mehr Allgemeinverbindlichkeits-Erklärungen von Gesamtarbeitsverträgen lösen keine Probleme, sondern schaffen neue: Sie nehmen den einzelnen Unternehmen gerade in der Zeit des starken Frankens die Handlungsfreiheit, sich auf den schwierigen Wettbewerb einzustellen. Die 1000-seitigen Bestimmungen zur Mehrwertsteuer sind so kompliziert, dass viele Unternehmen beim Erledigen der Abrechnung auf externe Spe-

zialisten angewiesen sind. Und mit der «Energiewende» und der «Grünen Wirtschaft» steht eine riesige Umverteilung an, die den Produktionsstandort Schweiz nachhaltig verteuern wird.

Im Herbst 2011 hatten die Schweizer Stimmberechtigten mitte-links gewählt. Das Wahlergebnis hat in der laufenden Amtsdauer im Parlament Mehrheitsentscheide ermöglicht, die noch vor zehn Jahren so nicht denkbar gewesen wären. Die Wahlen 2015 bestimmen, ob unser Land diesen Weg weitergehen wird.

Jede Vorlage braucht die Zustimmung von National- und Ständerat. Beide Kammern sind gleichberechtigt. Bei den Ständeratswahlen im Kanton St. Gallen geht es weniger um die «ungeteilte Ständesstimme», sondern darum, in beiden Kammern Mehrheiten zu schaffen, die sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz und seine Freiheiten einsetzen. Deshalb kandidiere ich für den Ständerat.

A Masseneinwanderungsinitiative
 B Mindestlohn-Initiative
 C Ecopop-Initiative

D Energiesteuer
 E Erbschaftsteuer
 F Buchpreisbindung

G 6 Wochen Ferien
 H 1:12-Initiative
 I Familienartikel

J Minder-Initiative
 K Raumplanung



Ammann Thomas

Partei: CVP
Beruf: Gemeindepräsident / Eidg. dipl. Bankfachmann
Jahrgang: 1964
Wohnort: Rüthi
Internetauftritt: www.th-ammann.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Mit Kopf und Herz für die Wirtschaft

Die Wirtschaftsförderung ist für mich als Gemeindepräsident von Rüthi und als Präsident des Vereins St. Galler Rheintal ein Dauerthema. Als ehemaliger Mitarbeiter eines Industriebetriebes sowie durch meine frühere Tätigkeit im Finanzwesen kenne ich die Bedürfnisse der Unternehmerinnen und Unternehmer bestens. Durch regelmässigen Austausch mit Wirtschaftsführern und Gewerbevertretern weiss ich, wo der Schuh drückt. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass unnötige bürokratische Hürden abgeschafft werden. Innovative KMU muss man fördern und nicht durch Vorschriften abschrecken – nach dem Grundsatz: So viel Eigenverantwortung wie möglich, so viel Staat wie nötig.

Familie und Beruf

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, müssen flexible Arbeitsmodelle mit Home-Office-Möglichkeiten und das Nutzen von Co-Working-Angeboten zur Selbst-

verständlichkeit werden. Firmen sollen ihre Attraktivität für die Arbeitnehmenden mit firmeninternen Kinderkrippen steigern oder sich an der Finanzierung von örtlichen Betreuungseinrichtungen beteiligen. Generell gilt: Der Staat soll stets erst aktiv werden, wenn eine tatsächliche Notwendigkeit besteht.

Duales Bildungssystem

Damit die Wirtschaft auch künftig über genügend Fachkräfte verfügt und sich der Nachwuchs entsprechend den eigenen Fähigkeiten und Interessen ausbilden kann, braucht es weiterhin ein gutes und innovatives Bildungssystem. Das bewährte Modell des dualen Bildungssystems muss beibehalten werden.

Für diese Anliegen und für Ihr Wohl möchte ich mich in Bern einsetzen. Mit Kopf, Herz und voller Tatendrang für einen gesunden Wirtschaftsstandort St. Gallen und Ostschweiz!



Ammann Richard

Partei: BDP
Beruf: Sprachlehrer
Jahrgang: 1959
Wohnort: Abtwil
Internetauftritt: www.richardammann.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Als Kantonsrat und Parteipräsident der BDP SG setze ich mich für die Stärkung der Wirtschaft ein. Dabei spreche ich mich immer für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen aus, vor allem auch für die KMU. Dazu gehören in erster Linie moderate Steuern und weniger Bürokratie, aber auch die bisher vorbildliche Sozialpartnerschaft und der Arbeitsfrieden.

Eine florierende Wirtschaft ist auf gut ausgebildete und motivierte Angestellte angewiesen. Ich setze mich deshalb für die Weiterentwicklung unseres guten Bildungswesens ein und befürworte das duale System der Berufsbildung, sehe aber bei den akademischen Berufen im Kanton St. Gallen noch Nachholbedarf, da er prozentual am wenigsten Maturanden in der Schweiz ausbildet.

Ebenfalls soll das Lohnniveau im Vergleich zu den umliegenden Kantonen konkurrenzfähig sein, damit gut ausgebildete Fachleute der Ostschweiz treu bleiben und nicht in urbane Zentren abwandern.

Die kantonale und die nationale Politik vernachlässigten den Mittelstand und die Familien in den letzten 25 Jahren. Der zunehmenden Umverteilung von der «Mitte» zu «Arm» und «Reich» muss Einhalt geboten werden, denn die eigene Leistung soll sich in der Schweiz weiterhin lohnen. Der Mittelstand darf nicht erodieren. Personen mit tiefem Einkommen dürfen aufgrund der Umverteilung keinen höheren Lebensstandard haben als Haushalte mit mittlerem Einkommen. Aber auch dem Steuerdumping gewisser Kantone, der Monacoisierung einiger Landesgegenden und der Konzentration der Vermögen auf immer weniger Personen muss Gegensteuer gegeben werden.

Der Mittelstand, die Familien und die KMU bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. St. Gallen als mittelständischer Kanton sollte deshalb durch einen Vertreter der politischen Mitte im Ständerat vertreten sein.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative

- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung

- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel

- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Kessler Margrit

Partei: Grünliberale

Beruf: Pflegefachfrau für Intensivmedizin und Reanimation, Präsidentin Stiftung SPO Patientenschutz

Jahrgang: 1948

Wohnort: Altstätten

Internetauftritt: www.margrit-kessler.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Engagement und Beharrlichkeit braucht es in Bern

Als Nationalrätin sowie als Ständeratskandidatin setze ich mich für die Wirtschaft, die Umwelt und die Sozialwerke ein, damit sie im Gleichgewicht bleiben. Die Generationengerechtigkeit mit ihrer Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung werden eine politische Herausforderung sein.

In Wirtschafts- und Finanzfragen wehre ich mich als Grünliberale gegen eine Finanzpolitik auf Kosten kommender Generationen und trage breit abgestützte Sparprogramme mit, welche auch Landwirtschaft und Armee nicht kategorisch vom Sparen ausnehmen. Für den Abbau von bürokratischen Hürden und von Handelshemmnissen sowie von preistreibenden Zöllen setze ich mich ein. Die Sozialwerke können nur langfristig gesichert werden, wenn ausgewogene Reformprojekte und die Verlängerung der Lebenserwartung berücksichtigt werden.

In der Umweltpolitik bin ich für den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft, will aber

auch die auf Subventionen basierende Förderung der alternativen Energien in ein System mit Lenkungsabgaben überführen. In der Raumplanung gilt das Augenmerk einer Eindämmung der fortschreitenden Zersiedelung. In der Verkehrspolitik trete ich für die Kostenvahrheit bei allen Verkehrsarten ein und lehne den Bau der 2. Gotthardröhre klar ab. In der Gesellschaftspolitik engagiere ich mich für die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine bessere Betreuungsinfrastruktur und ein Steuersplitting ist Voraussetzung, um den auf dem Arbeitsmarkt dringend benötigten Frauen optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein wichtiges gesundheitspolitisches Anliegen ist, mehr klinische Ausbildungsplätze für Medizinstudenten zur Verfügung zu stellen.



Oppliger Hans

Partei: EVP

Beruf: Dipl. Ing. Agr. ETH; Projektberater

Jahrgang: 1957

Wohnort: Frösens

Internetauftritt: www.evp-sg.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

In der Politik müssen wir auf die Stärken der Schweiz wie Fleiss und Disziplin setzen. Eine zukunftsgerichtete Politik bedingt die Offenheit gegenüber Einflüssen von aussen. Die viel gepriesene Innovationskraft der Schweiz gründete schon immer auf Menschen und Ideen, welche «von aussen» kamen. Ich bin gegen eine Angstmacherpolitik, welche oft vor Wahlen geschürt wird.

Ich habe viele Jahre in Südamerika und Asien gearbeitet und kann sagen: Wir in der Schweiz sind gut und müssen uns nicht verstecken! Doch wir dürfen uns auch nicht abschotten – sonst verpassen wir plötzlich den richtigen Moment und werden «abgehängt». Ein grosses Plus ist in der Schweiz der «soziale Frieden»: Als Mit-Inhaber einer kleinen Firma weiss ich, dass Mitarbeiter verstehen, wenn Firmen zur Sicherung der Arbeitsplätze schwierige Massnahmen ergreifen müssen. Andererseits müssen sich in der Wirtschaft vermehrt Aspekte der Ethik und eine gewisse

Bescheidenheit durchsetzen, ganz im Sinne des EVP-Slogans «Mensch vor Profit». Sozialen Frieden gibt es nur, wenn Diskrepanzen nicht zu gross werden. Sonst setzen sich politisch diejenigen Kräfte durch, welche mehr Eingriffe vom Staat fordern – was längerfristig nicht im Sinne von uns allen sein kann. Für mich haben Massnahmen zur Stärkung der Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft Vorrang. Wichtig ist eine auf Langfristigkeit ausgerichtete Politik, um für die Wirtschaft besser planbare Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Arbeit im Ständerat interessiert mich, weil dieser Rat sachorientiert politisiert. Er setzt sich föderalistisch auch für Anliegen von Randregionen wie der Ostschweiz ein. Als EVP-Kandidat habe ich das Privileg, mit grosser Unabhängigkeit zu politisieren und über alle Parteigrenzen hinweg Allianzen schmieden zu können.

A Masseneinwanderungsinitiative

B Mindestlohn-Initiative

C Ecopop-Initiative

D Energiesteuer

E Erbschaftssteuer

F Buchpreisbindung

G 6 Wochen Ferien

H 1:12-Initiative

I Familienartikel

J Minder-Initiative

K Raumplanung



Hofstetter Thomas

Partei: Junge CVP
Listennummer: 01.11
Beruf: Business Engineer
Jahrgang: 1987
Wohnort: Benken
Internetauftritt: www.mich-waehlen.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Geschätzte St. Gallerinnen und St. Galler

Schauen Sie einmal raus in die grosse, weite Welt und sind Sie ehrlich zu sich selbst: Geht es Ihnen schlecht?

Wenn ich als junger Politiker die Diskussionen in Bern verfolge, höre ich immer nur Negatives. Immer dieselben stereotypen Bilder der Kriminellen, Ausländer und Abzocker.

Ich bin der Meinung, wir müssen aufhören, alles so negativ zu sehen, und uns wieder auf die Erfolgsfaktoren dieses Landes konzentrieren. Nutzen wir zum Beispiel die Vielsprachigkeit unseres Landes und kombinieren diese mit dem besten Ausbildungs-System der Welt. Als Sohn eines Unternehmers habe ich bereits früh erfahren, dass es essenziell ist, gut ausgebildete Angestellte zu beschäftigen, um erfolgreich zu sein. Besinnen wir uns wieder auf unsere Innovationskraft. Würden wir heute nochmals eine Bahn auf das Jungfrauoch bauen? Wahrscheinlich nicht. Aber warum? Wo ist dieser Pioniergeist aus früheren Jahren geblieben? Lassen wir uns nicht jede Idee schlechtreden!

«Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern», wird der Rütlichswur zitiert. Doch sind wir das noch? Unsere Gesellschaft versinkt immer mehr in der Anonymität und auch die Bereitschaft zur Übernahme eines freiwilligen Engagements nimmt stetig ab. Als Präsident des Toggenburger Turnverbandes erlebe ich dies hautnah. Immer mehr Vereine finden keine Mitglieder mehr, die sich für Vorstandstätigkeiten zur Verfügung stellen. Der starke Zusammenhalt unseres Landes war es, der uns über Jahre erfolgreich machte. Doch dieser scheint nun langsam zu bröckeln. Kann und vor allem soll es so weiter gehen? Wir brauchen Veränderungen in unserem Denken und Handeln. Bringen Sie mit mir wieder grundlegende Gesellschaftsthemen in die Politik. Gemeinsam statt einsam – für eine erfolgreiche Schweiz!



Bünzli Fabienne

Partei: Jungfreisinnige
Listennummer: 02.03
Beruf: Projektleiterin (Wirtschafts- und Kommunikationsberatung)
Jahrgang: 1990
Wohnort: St. Gallen
Internetauftritt: www.facebook.com/fabienne.buenzli

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Mehr Wirtschaft! Weniger Staat!

Der Staat wird's schon richten! Diesem Credo scheinen sich viele Politiker verpflichtet zu haben, wenn es um Lösungsansätze für die derzeit angespannte wirtschaftliche Lage geht. Immer häufiger wird nach dem Staat geschrien – in der Hoffnung, durch staatliche Interventionen zu wirtschaftlichem Wachstum und stabileren Rahmenbedingungen beizutragen. Offenbar wird den Unternehmen je länger je mehr die Kompetenz abgesprochen, eigenverantwortlich adäquate Lösungen zu finden. Vor allem Politiker aus linken Kreisen sind eifrig damit beschäftigt, ständig neue Vorgaben zu schaffen. Geholfen ist dabei aber niemandem. Im Gegenteil: Diese Regulierungswut schafft eine ungeheure Bürokratie und unterbindet die Eigeninitiative der Unternehmen.

Aus Überzeugung setze ich mich daher für mehr Freiheit und weniger Staat ein. Wir müssen unserer Wirtschaft Sorge tragen und ihr den benötigten Spielraum geben, damit

sie flexibel auf veränderte Umweltbedingungen reagieren kann. Denn mit zusätzlichem Papierkram werden keine Probleme gelöst – höchstens neue geschaffen. Zudem müssen Innovationen verstärkt gefördert und nicht im Keim erstickt werden. Nur so können wir auch international konkurrenzfähig bleiben. Freier Markt und Wettbewerb sind die Zauberwörter, nicht Subventionen und Regulierungen! Gerade in Bundesbern ist es höchste Zeit für ein Umdenken. Wir müssen wieder vermehrt auf einen liberalen Kurs einschwenken. Hierfür brauchen wir Personen, denen das Wohl der Schweiz ein wahres Anliegen ist. Für «Schönwetter-Politiker», die sich für populistische und wirtschaftsfeindliche Ansinnen einspannen lassen, gibt es keinen Platz. Mit meiner Kandidatur möchte ich deshalb einen Beitrag zu einer freiheitlicheren und prosperierenden Schweiz leisten.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative
- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung
- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel
- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Senn Pascal

Partei: Jungfreisinnige
 Listennummer: 02.07
 Beruf: Elektroplaner
 Jahrgang: 1990
 Wohnort: Buchs
 Internetauftritt: www.pascalsenn.info

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Liebe St. Gallerinnen und St. Galler

Als liberaler Jungpolitiker möchte ich meine ersten Erfahrungen im Wahlkampf machen und neue Kontakte in Wirtschaft und Politik knüpfen, um nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft wirtschaftsfreundliche, politische Arbeit zu leisten. Durch meine Arbeit als Elektroplaner setze ich mich für eine liberale und finanzierbare Energiepolitik ein. Dabei ist es wichtig, dass wir die Energiewende nicht erzwingen, sondern auf die Bedürfnisse der Stromerzeuger und -verbraucher eingehen. Um in Zusammenarbeit mit Erzeuger, Verbraucher und Politik eine vernünftige Lösung zu finden, welche einen bezahlbaren, freien Energiemarkt ermöglicht. Dieser sollte sowohl für Gewerbe, Industrie als auch Privatpersonen zugänglich sein.

Ein weiteres Anliegen von mir ist es, unsere Daten vor den Augen des Staates zu schützen. Jeder ist für seine Daten selbst verantwortlich und muss selber entscheiden, wie

viel er über sich preisgeben möchte. Der Staat hat dabei im Normalfall aber nichts zu suchen. Auch im Leben auf der Strasse fragt der Staat (Polizei) erst bei Verdacht nach und nicht dauernd und auf Vorrat. Daher muss dies auch im Internet so sein.

Zusätzlich ist es zu verhindern, dass im Internet eine Zweiklassengesellschaft entsteht. Daher bin ich für die Netzneutralität und gegen die Bevorzugung von einzelnen Anbietern und Diensten. Die Gleichbehandlung aller Datenströme ist eine wichtige Voraussetzung für Chancengleichheit, Meinungsfreiheit und ein demokratisches Internet. Es darf von Seiten der Provider weder blockiert noch beschränkt werden, damit die freie Meinungsbildung und Innovationsfreiheit im Internet gewährleistet ist.

Herzlichen Dank für Ihre Stimme!



Zhuta Egzon

Partei: Jungfreisinnige
 Listennummer: 02.05
 Beruf: Bauingenieur
 Jahrgang: 1989
 Wohnort: Balgach
 Internetauftritt: www.jfsg.ch/wahlen-2015

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Ungeschminkt, konsequent, liberal!

Am 18. Oktober werden die Weichen auf politischer Ebene für die nächsten 4 Jahre gestellt. Im Jahr 2011 wurde der rechte Flügel im Parlament gestützt und die neuen Mitteparteien gingen als Wahlsieger hervor. Der Wähler hoffte, die Mitte gestärkt zu haben. In Tat und Wahrheit entpuppten sich diese Mitteparteien als Mitte-Linksparteien. Auch in der Regierung herrscht ganz klar ein Übergewicht zugunsten der Linksparteien. Diese Fehler müssen am 18. Oktober ganz klar wieder korrigiert werden.

Als junger Mitinhaber eines KMU im Bauingenieurwesen setze ich mich für eine starke Wirtschaft im Kanton St. Gallen und in der Schweiz ein. Angesichts der widrigen Umstände sollten wir nicht über Erbschaftsteuer, Mindestlohn oder bedingungsloses Grundeinkommen diskutieren, sondern wir müssen endlich den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken, wir müssen die KMU stärken

und wir müssen die Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten.

Des Weiteren setze ich meine Energie auch in der Migrationspolitik ein, speziell in die Integration der hier lebenden ausländischen Bevölkerung. Da ich selber einen Migrationshintergrund habe, weiss ich, was die Integration ausmacht und wie diese am besten gelingt.

Zusätzlich beschäftige ich mich auch verstärkt, aufgrund meines Berufs als Bauingenieur, mit der Infrastruktur im Verkehrsreich, sei dies auf der Schiene oder auf der Strasse.

Mit Ihrer Stimme möchte ich mich in Bern für eine starke Schweiz einsetzen. Wählen Sie mich und die Jungfreisinnigen und stärken Sie Mitte-Rechts und die Wirtschaft!

- | | | | |
|---------------------------------|--------------------|-------------------|---------------------|
| A Masseneinwanderungsinitiative | D Energiesteuer | G 6 Wochen Ferien | J Minder-Initiative |
| B Mindestlohn-Initiative | E Erbschaftsteuer | H 1:12-Initiative | K Raumplanung |
| C Ecopop-Initiative | F Buchpreisbindung | I Familienartikel | |



Büchler Jakob

Partei: CVP
Listennummer: 03.01
Beruf: eidg. dipl. Meisterlandwirt
Jahrgang: 1952
Wohnort: Maseltrangen
Internetauftritt: www.koebi-buechler.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Die Wirtschaft wird mit sehr vielen Volksinitiativen behindert!

Zahlreiche Volksinitiativen bedrohten unsere Schweizer Wirtschaft. In den vergangenen Jahren musste das Volk über die Mindestlohn-, die EcoPop-, die Energiesteuer- und die Vorlage 6 Wochen Ferien für alle abstimmen. Es waren klare Absagen des Volkes, was ich voll unterstützt habe. Die 1:12-Initiative war ebenso wirtschaftsfeindlich wie die Minder-Initiative.

Es geht im nächsten Jahr weiter mit der «Grünen Wirtschaft»! Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag mit 90:90 Stimmen und dem Stichentscheid des Ratspräsidenten äusserst knapp angenommen, natürlich ohne meine Unterstützung.

In der nächsten Legislatur wird es zu einem ausserordentlichen Verteilungskampf um die Bundesfinanzen kommen. Da möchte ich gern mitentscheiden. Es geht unter anderem um unsere Schweizer Armee, der vom Bundesrat, trotz früherer Beschlüsse, immer wieder Budgetstreichungen auferlegt werden.

Eine glaubwürdige, gut ausgerüstete und ausgebildete Armee ist in der immer unsicherer werdenden Zeit zentral.

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik werden grosse Herausforderungen auf uns zukommen. Die EU hat diese Politik nicht mehr im Griff und lässt Italien mit seinem Schicksal der ankommenden Flüchtlinge allein. Das hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Unsere SiK-N (Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates) war an der letzten Sitzung vor Ort am Grenzbahnhof Chiasso und hat gesehen, dass dringend gehandelt werden muss. Die Grenzschiessungen der Franzosen und der Österreicher haben sich für die Schweiz sehr negativ ausgewirkt.

Die nächsten Wahlen werden entscheidend sein, wer diese Probleme ernsthaft angeht. Ich bin bereit.



Suter Yvonne

Partei: CVP
Listennummer: 03.05
Beruf: lic. rer. publ. HSG, Direktorin, Leiterin
Kompetenzzentrum für nachhaltige Anlagen
Jahrgang: 1977
Wohnort: Rapperswil-Jona
Internetauftritt: www.yvonne-suter.ch

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Starke Unternehmen sind der zentrale Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Sie schaffen hochwertige Arbeitsplätze und sie bringen unserem Land Wohlstand. Damit dies so bleibt, braucht es Exponentinnen und Exponenten aus der Privatwirtschaft, die sich in der Politik engagieren und das Vertrauen der Menschen geniessen.

Seit meiner Jugend setze ich mich mit Herzblut für die Allgemeinheit ein. Ich packe an, schmiede Allianzen und führe Lösungen herbei. Machtpolitik und Ideologie interessieren mich nicht. Als jüngstes Mitglied der 31-köpfigen CVP-Fraktion ist es mir innert kurzer Zeit gelungen, mich im St. Galler Kantonsrat bestens zu etablieren. Seit Kurzem bin ich Vizepräsidentin der wichtigen Finanzkommission, zudem werde ich regelmässig in zentralen Geschäften als Fraktionssprecherin bestimmt.

Mit meiner Erfahrung als Führungskraft in der Privatwirtschaft setze ich mich unerschrocken

für die Anliegen des Wirtschaftsstandorts ein. Ich fordere Massnahmen gegen den Fachkräftemangel ein, setze mich gegen das überbordende Ausgabenwachstum des Staates zur Wehr und hinterfrage überholte Strukturen in unserem Kanton. Was unsere Wirtschaft braucht, sind gesunde Staatsfinanzen, ein attraktives Steuerklima, unbürokratische Entscheidungswege, gut qualifizierte Fachkräfte, praxisorientierte Ausbildungsstätten, zeitgemässe Infrastrukturen, optimale Marktzugänge und unternehmerische Freiheiten.

Es gibt noch viel zu tun – in St.Gallen wie auch in Bern.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative
- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung
- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel
- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Fust Lukas

Partei: CVP
 Listennummer: 03.09
 Beruf: Devisenhändler
 Jahrgang: 1983
 Wohnort: Kirchberg
 Internetauftritt: www.facebook.com/lukASFustCVP

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Als stellvertretender Leiter und Mitglied des Kaders bei der St.Galler Kantonalbank arbeite ich im internationalen Devisenhandel. Die Banken als wichtiger Pfeiler der schweizerischen Volkswirtschaft kenne ich somit bestens bis zu ihren Dienstleistungen (Zahlungsverkehr, Devisen, Geldausleihen, Kapitalaufbewahrung usw).

Die Beziehungen der Ostschweiz im globalen Handels- und Dienstleistungsgeschäft sind mir ein grosses Anliegen. Ich will mich in Bern für einen starken Werkplatz Ostschweiz einsetzen und für nachhaltige, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen kämpfen. Gerade die aktuelle Verunsicherung um die Entwicklung der Exportmärkte – als Folge des Entscheides der Schweizerischen Nationalbank zum Euromindestkurs – verlangen nach einer versierten Kraft in Bern, die sich für die Ostschweizer Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe einsetzt.

Nebenamtlich engagiere ich mich seit 2013 als Mitglied des Gemeinderates für eine tolerante, familienfreundliche und ökonomisch wie ökologisch vorbildliche Gemeinschaftspolitik. Darüber hinaus betätige ich mich als Kommandant Stv. im Bevölkerungsschutz des Unteren Toggenburgs sowie als Präsident des Vereins «Gemeinde Kirchberg bewegt», welcher die Bevölkerung zu mehr Bewegung und einem gesünderen Lebenswandel animiert. Meine Freizeit geniesse ich mit meiner Frau und unseren zwei kleinen Töchtern, koche leidenschaftlich gern, erkunde den Kanton mit dem Wohnwagen, auf dem Velo oder zu Fuss und schätze die Gesellschaft von Familie und Freunden.



Paganini Nicolò

Partei: CVP
 Listennummer: 03.11
 Beruf: Direktor Olma Messen St.Gallen
 Jahrgang: 1966
 Wohnort: Abtwil
 Internetauftritt: www.nicolo-nach-bern.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Mit Werten im Gepäck nach Bern

Als Olma-Direktor stehe ich für Innovation und Tradition – und in der Verantwortung für eine der bedeutendsten Institutionen der Ostschweiz. Volkstümlich, bodenständig, erfolgreich. Doch wofür stehe ich als Politiker? Für gesunde St. Galler Unternehmen mit attraktiven Arbeitsplätzen, für ein liberales Arbeitsrecht, gegen immer neue Bevormundungen von Bürgern und Unternehmen und für einen Stopp des Ausbaus der Umverteilungsbürokratie. Ich kümmere mich um das Erwirtschaften des Wohlstands. Umverteilen tun ihn andere. Ich stehe ein für die konsequente Fortführung des bilateralen Weges mit der EU und für einen weiterhin offenen, grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Für exzellente Bildungsinstitutionen auf allen Stufen und für das duale Bildungssystem mit den so wichtigen Berufslehren. Die nachhaltige Sicherung der Sozialwerke ist zentral. Politische Grossprojekte wie die Energiewende haben durch-

dacht, realistisch, mit Augenmass und Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zu erfolgen. Als Botschafter der Ostschweiz kann ich dazu beitragen, dass die Bedeutung und die Innovationskraft unseres Wirtschaftsraums in Bern endlich zur Kenntnis genommen werden.

Mein Rucksack ist gefüllt mit einem reichen Erfahrungsschatz, gesammelt als langjähriger Thurgauer Kantonsrat und Fraktionschef, als selbstständiger Rechtsanwalt, Chef des Amtes für Wirtschaft des Kantons St.Gallen und Direktionsmitglied der St.Galler Kantonalbank. Ich konnte mich auf meinem Berufsweg profilieren als Brückenbauer für Lösungen, die Bestand haben. Ich stehe für Werte, die unsere Gesellschaft weiterbringen: für Offenheit, Freiheit, Nachhaltigkeit, Sicherheit, Respekt, Solidarität und Gemeinsinn. Deshalb: nicolo-nach-bern.ch. Mit Werten im Gepäck.

- | | | | |
|---------------------------------|--------------------|-------------------|---------------------|
| A Masseneinwanderungsinitiative | D Energiesteuer | G 6 Wochen Ferien | J Minder-Initiative |
| B Mindestlohn-Initiative | E Erbschaftssteuer | H 1:12-Initiative | K Raumplanung |
| C Ecopop-Initiative | F Buchpreisbindung | I Familienartikel | |



Sartory Beda

Partei: CVP
Listennummer: 03.12
Beruf: Unternehmer / Krisenmanager
Jahrgang: 1950
Wohnort: Wil
Internetauftritt: www.beda-mit-sicherheit.ch

Grid of letters A-K with cell I highlighted in orange.

Für eine starke Wirtschaft. Mit Sicherheit.

7-30-15 - mein Leistungsausweis und meine Basis für Bern. Nach mehrjähriger politischer Tätigkeit im Stadtrat von Wil und als CVP-Kantonsrat möchte ich mich im Nationalrat für folgende Themen starkmachen: Sicherheit im Alltag und in Krisenlagen, Sicherheit, das heisst verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Sicherheit und flüssiger Verkehr auf Strasse und Schiene, Sicherheit im Alter.

- 14 Jahre als Sicherheitschef und Feuerwehrkommandant der Stadt Wil,
5 Jahre als Mitglied der Geschäftsleitung von Schutz & Rettung Zürich,
32 Jahre Militärdienst als Oberst bei den Rettungstruppen.

Als Krisenmanager kämpfe ich in Bern dafür, dass die Schweiz sicher bleibt und bereit ist, auf herkömmliche und auf moderne Bedrohungen gleichermaßen wirksam reagieren zu können.

Seit 7 Jahren bin ich Inhaber und Geschäftsführer der GU Sicherheit & Partner AG mit Sitz in Wil SG. Als Krisenmanager berate und unterstütze ich Unternehmen und Behörden in Sicherheitsfragen sowie in Krisensituationen. Als Unternehmer kämpfe ich in Bern für einen liberalen Wirtschaftsstandort Schweiz und für die Beseitigung von bürokratischen Hürden.

Seit über 30 Jahren begleitet mich das Thema Sicherheit. Ich darf auf eine reiche Erfahrung zurückgreifen, unter anderem:

Seit 15 Jahren bin ich politisch auf kantonaler und nationaler Ebene engagiert und weiss, wie wichtig eine gute Vernetzung für das Erreichen politischer Ziele ist (Kantonsrat, Vorstandsmitglied CVP Schweiz und Berater von Sicherheitspolitikern verschiedener Parteien). Kombiniert mit meiner Leidenschaft für die Politik, will ich in Bern einen Beitrag für eine starke und unabhängige Schweiz leisten.

Beda Sartory. Mit Sicherheit.



Müller Walter

Partei: FDP
Listennummer: 07.01
Beruf: Landwirt mit Handelsdiplom
Jahrgang: 1948
Wohnort: Azmoos
Internetauftritt: www.walter-mueller.ch

Grid of letters A-K with cell I highlighted in orange.

Was die Politik vom Apfelbaum lernen kann

In der Politik ist es wie in der Natur: Nur eine gute Vorbereitung, Konstanz und Fachkompetenz bringen das gewünschte Resultat. Das korrekte Timing, eine sorgfältige Bearbeitung und das richtige politische Zusammenspiel schaffen jene Resultate, die wir für eine gesunde Schweiz dringend brauchen. «Wer Äpfel ernten will, muss zuerst einen Baum pflanzen»: Genau dieses langfristige Denken ist in der Politik dringend notwendig.

Im Vordergrund stehen für mich: Ein liberales Arbeitsrecht, ein günstiges Steuerklima, Rechtssicherheit, freier Marktzutritt zu unseren Handelspartnern und ein möglichst grosser unternehmerischer Handlungsspielraum. Nur wer die Früchte seiner Arbeit auch ernten kann, wird bereit sein, Bäume zu pflanzen. Diese einfache Wahrheit sollten wir nie aus den Augen verlieren.

unserer Anstrengungen und dürfen auch stolz darauf sein. Genau diese Errungenschaften gilt es in der Aussen- und Sicherheitspolitik selbstbewusst zu verteidigen und zu fördern. In der Aussenpolitik gilt für mich der Grundsatz, dass sie immer Interessenpolitik für die Schweiz sein muss. Nur wer seine Interessen kennt und aktiv vertritt, wird Respekt für seine eigene Souveränität erwarten können. In der Sicherheitspolitik sind Verlässlichkeit, Kontinuität und Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen für unsere Armee von zentraler Bedeutung.

Für eine Politik, die Früchte trägt, braucht es die über die Jahre aufgebauten Netzwerke über die Parteigrenzen hinaus. Ich freue mich, wenn ich diese Erfahrung für unsere Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort Ostschweiz weiterhin mit Erfolg einsetzen kann.

Die Schweiz ist im internationalen Vergleich eine Erfolgsgeschichte: Wir ernten die Früchte

- A Masseneinwanderungsinitiative, B Mindestlohn-Initiative, C Ecopop-Initiative, D Energiesteuer, E Erbschaftssteuer, F Buchpreisbindung, G 6 Wochen Ferien, H 1:12-Initiative, I Familienartikel, J Minder-Initiative, K Raumplanung



Dobler Marcel

Partei: FDP
 Listennummer: 07.05
 Beruf: Unternehmer, Informatiker
 Jahrgang: 1980
 Wohnort: Jona
 Internetauftritt: www.marcel-dobler.ch

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

Unternehmer schaffen Mehrwert

Der Ruf nach Unternehmern in der Politik hat mich dazu bewogen, diese Herausforderung anzunehmen. Es ist nun an Ihnen, darüber zu entscheiden, ob Sie mir Ihr Vertrauen schenken wollen.

Zum einen brauchen wir starke bürgerliche Vertreter unseres Kantons in Bern, denn dort läuft vieles falsch. Zum anderen will ich von Bern mehr Unterstützung für unseren Kanton. *Ich unterstütze die Bilateralen*; gleichzeitig fordere ich zum Schutz unserer Bürger mehr Konsequenz im Asylwesen.

Heute bin ich 35 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei reizenden Kindern. Schon als Informatikstudent in Rapperswil habe ich eine Firma aufgezogen, welche Sie alle kennen: die digitec AG, den grössten Schweizer Online-Anbieter für Unterhaltungs-Elektronik. Zuletzt hatten wir über 500 Mitarbeiter.

Mein Durchsetzungswille zum Vorteil unseres Volks und Kantons ist voll vorhanden. Als Schweizer Meister im olympischen Zehn-

kampf musste ich oft auf die Zähne beißen. Eine gute Politik ist wichtig. Sie ist nur möglich, wenn man nicht erpressbar ist. Nur dann hat man den vollen Spielraum, den Sie von Ihrem neuen Nationalrat erwarten dürfen.

Ich will den grösseren und kleinen Firmen im Kanton dabei helfen, nicht weiter von Bern belastet zu werden. Wenn ich den Firmen helfe, diene ich auch den Menschen, die dort Mitarbeiter, Kunden oder Lieferanten sind. St. Galler sind bodenständig, ich, als gebürtiger Appenzeller, bin es auch. Mein politisches Programm ist deshalb *konsequent bürgerlich*: Neue Abgaben lehne ich ab. Bessere Verkehrsverbindungen sind dringend nötig. Eigene Talente sind zu fördern.

Wenn ich für Sie in Bern arbeite, tue ich dies auch für die Zukunft unserer Frauen und Kinder.

Ich bitte zweimal um Ihre Stimme auf der Liste 7.05.



Locher Walter

Partei: FDP
 Listennummer: 07.07
 Beruf: Dr. iur. Rechtsanwalt, Verwaltungsrat diverser Unternehmungen, z.B. DGS und Gebrüder Knie
 Jahrgang: 1955
 Wohnort: St. Gallen
 Internetauftritt: www.walterlocher.ch

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

In meiner politischen Tätigkeit als Kantonsrat setze ich mich seit Jahren für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Ostschweiz ein, welcher gute Bedingungen für KMU ebenso wie für grosse Unternehmen bietet. Ich kenne diese Anliegen aus meiner eigenen langjährigen Tätigkeit als derzeitiger und früherer Verwaltungsrat verschiedener Unternehmen (so seinerzeit zum Beispiel bei Geberit, heute als Präsident von DGS Druckguss Systeme AG oder als VR der Hochdorf Holding AG, der Gebrüder Knie Schweizer National-Circus AG, der René Faigle AG) sowie als beratender Wirtschaftsanwalt.

Einzig Arbeitsplätze schaffen Wohlstand und Perspektiven. Eine freiheitliche Ausgestaltung des Arbeitsrechts ist dafür Grundvoraussetzung. Je flexibler die arbeitsrechtlichen Regelungen sind, desto eher schaffen Unternehmen neue Stellen, insbesondere auch für junge Menschen. Die Schweiz muss genügend Spitzenkräfte und Berufsleute ausbilden

und diese möglichst lange im Arbeitsprozess behalten.

Wir brauchen leistungsfähige und international wettbewerbsfähige Universitäten sowie stark praxisorientierte Fachhochschulen, die mit den Betrieben zusammen innovative Lösungen erarbeiten. Rückgrat unserer erfolgreichen Wirtschaft sind unsere Berufsschulen, um die uns das Ausland beneidet. Das duale Berufsbildungssystem gilt es auf allen Ebenen zu stärken.

Der wachsenden Tendenz, die aus dem Lot geratenen Staatsfinanzen durch zusätzliche Einnahmen in Form von höheren Steuern und Gebühren statt durch Kürzung der Ausgaben zu sanieren, ist Einhalt zu gebieten.

Unsere Mobilität ist auch in der Ostschweiz durch gezielte Beseitigung von Engpässen auf Strasse und Schiene sicherzustellen. Ein Beispiel dafür ist die dritte A1-Röhre für den Rosenbergertunnel in St. Gallen und die Teilsperre. Als Präsident der IG Engpassbeseitigung setze ich mich tatkräftig dafür ein.

- | | | | |
|---------------------------------|--------------------|-------------------|---------------------|
| A Masseneinwanderungsinitiative | D Energiesteuer | G 6 Wochen Ferien | J Minder-Initiative |
| B Mindestlohn-Initiative | E Erbschaftssteuer | H 1:12-Initiative | K Raumplanung |
| C Ecopop-Initiative | F Buchpreisbindung | I Familienartikel | |



Mächler Marc

Partei: FDP
Listennummer: 07.08
Beruf: lic. oec. HSG/Stellvertretender Direktor
Jahrgang: 1970
Wohnort: Zuzwil
Internetauftritt: www.marcmachler.ch

Grid of 11 boxes labeled A through K, representing political positions.

Seit ich ein politisches Mandat inne habe, engagiere ich mich für liberale und pragmatische Lösungen. Ich bin überzeugt, dass sowohl für uns Bürger, wie aber auch für die Unternehmen ein starker, aber schlanker Staat ideal ist.

Primäre Aufgabe des Staates im Bereich der Wirtschaftspolitik ist es, Rechtssicherheit zu schaffen, offene Märkte zu gewährleisten und eine effiziente, moderne Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Gerade im Hinblick auf die momentane Frankenstärke respektive Euroschwäche dürfen den Unternehmen, wie aber auch den Arbeitnehmern keine neuen Belastungen aufgebürdet werden.

tive zu stoppen (z.B. Energiestrategie 2050, überschüssende Finanzmarktregulierung) und auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit hin zu überprüfen. Die bilateralen Verträge mit der EU, welche für uns alle von existenzieller Bedeutung sind (60% aller Exporte gehen in die EU), sind zu erhalten, um einen EU-Beitritt verhindern zu können.

Das Credo meiner politischen Arbeit lautet deshalb: Für eine verlässliche Politik!



Schorer Isabel

Partei: FDP
Listennummer: 07.11
Beruf: Leiterin Standortförderung, lic. oec. publ. et MAS Kommunikationsmanagement
Jahrgang: 1978
Wohnort: St. Gallen
Internetauftritt: www.isabelschorer.ch

Grid of 11 boxes labeled A through K, representing political positions.

Rückenwind für Wirtschaft und Standort

«Eine starke Schweiz braucht uns! Ich engagiere mich mit meinem Wissen, meiner Erfahrung und meinen Kompetenzen für Menschen und Unternehmen!» Als Leiterin der Standortförderung Stadt St.Gallen wird mir immer wieder bewusst, wie prägend politische Rahmenbedingungen und Entscheide für die Wirtschaft und den Kanton St.Gallen sind.

Wirtschaftspolitik

Um die Grenzregion Ostschweiz als starken, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu festigen und weiter zu entwickeln, brauchen wir neben bilateralen Verträgen und liberalen Rahmenbedingungen viel Engagement, Innovation und Mut zum Risiko.

Bildungspolitik

Wir müssen hochwertige Bildungsangebote ausbauen und Fachkräfte ausbilden, um den Talentpool (Ost-)Schweiz zu stärken. Tragen wir also unserem herausragenden dualen Bildungssystem Sorge. Machen wir uns fit für die Zukunft. Schaffen wir Rahmenbedingungen, die unabhängig von Alter und Herkunft Bildungschancen eröffnen.

Familienpolitik

Ich engagiere mich für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frau und Mann. Das Familienleben prägt nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft. Frauen und Männer sollen auf Augenhöhe miteinander leben, arbeiten und Familie und Beruf vereinen können.

- A Masseneinwanderungsinitiative, B Mindestlohn-Initiative, C Ecopop-Initiative, D Energiesteuer, E Erbschaftssteuer, F Buchpreisbindung, G 6 Wochen Ferien, H 1:12-Initiative, I Familienartikel, J Minder-Initiative, K Raumplanung



Stadler Imelda

Partei: FDP
 Listennummer: 07.12
 Beruf: Gemeindepräsidentin / Kantonsrätin
 Jahrgang: 1959
 Wohnort: Lütisburg
 Internetauftritt: www.imelda-stadler.ch

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

Engagiert und lösungsorientiert

Die Versprechungen, die ich als Politikerin in der Vergangenheit gemacht habe, waren nie riesig, dafür immer ehrlich, realistisch und klar. Inzwischen laufe ich mit einem reich gefüllten Rucksack an Lebenserfahrung, beruflichen Erfolgen und politischen Erkenntnissen durchs Leben.

Vor allem durch meine tägliche vielfältige Arbeit als Gemeindepräsidentin weiss ich, dass es nicht einfach ist, ein Unternehmen in anspruchsvollen Zeiten zu lenken. Eine solide Finanzpolitik ist mir deshalb ein besonderes Anliegen.

Als ehemalige Präsidentin des grössten St. Galler Sportverbandes, des Turnverbandes, und als aktuelle Präsidentin der St. Galler Wanderwege, sind Sportpolitik und Freiwilligenarbeit weitere Schwerpunkte meiner politischen Arbeit. Sport und Bewegung senken die Gesundheitskosten und sind zusammen mit der Freiwilligenarbeit wichtig für unsere Schweiz!

Auch die nächsten Generationen sollen einmal gesunde Sozialwerke (AHV, ALV oder IV) vorfinden können.

In der Schweiz werden rund 50% des Bundesbudgets für die Sozialwerke aufgewendet, Tendenz steigend. Um den *Rentenkollaps zu verhindern*, setze ich mich für Wahlfreiheit beim Rentenalter, für Arbeit statt Rente und fürs Sparen für den Ruhestand ein.

Auch meine Enkelkinder sollen eine erfolgreiche Schweiz erleben dürfen!

Eine *liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung* liegt mir sehr am Herzen. Freiheitliche Rahmenbedingungen mit sinnvollen Anreizen, statt immer mehr Vorschriften und Bürokratie, bringen uns mehr Lebensqualität, stärken die Innovationskraft sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sichern somit unseren Wohlstand.

Der *Erhalt der bilateralen Verträge* ist für unseren Wirtschaftsstandort enorm wichtig. Somit ist *kein EU-Beitritt notwendig!*



Müller Thomas

Partei: SVP
 Listennummer: 08.03
 Beruf: Stadtpräsident / lic. iur. Rechtsanwalt
 Jahrgang: 1952
 Wohnort: Rorschach

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

Auf den Punkt bringen, was Sache ist!

Vor den Wahlen ist die Zeit der grossen Versprechen. Wer bürgerlich punkten will, redet vom Abbau der Bürokratie, von der Reduktion der Gebühren und Steuern, von geordneten Finanzen und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen.

Und wenn's später im Parlament drauf ankommt, staunen die Wählerinnen und Wähler über neue Vorschriften und Verbote, über neue Formulare für Statistiken, über neue Abgaben und über eine Energiestrategie, die unser Land endgültig zur Hochpreisinsel macht und die Produktion in jedem einzelnen Betrieb verteuert.

Mich ärgert, dass solche Mehrheiten regelmässig nur zustande kommen, weil auch jene zustimmen, die im Wahlkampf versprochen hatten, sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz einzusetzen. Im IHK-Ranking liege ich bei einer einzigen Abstimmung daneben:

Ich habe für die Zuwanderungsinitiative gestimmt. Ich setze mich (wie früher als Anwalt und Sekretär des Arbeitgeber-Verbandes Rorschach und Umgebung) dafür ein, dass die Unternehmen die Mitarbeitenden bekommen, die sie brauchen. Aber ich will eine selbstgesteuerte Einwanderung, damit wir im eigenen Land nicht zu Fremden werden.

Es braucht auch nach der Wahl klare Worte und den Mut, sich für eine funktionierende Wirtschaft und gegen eine überbordende Verwaltung zu exponieren. Wer auf den Punkt bringt, was Sache ist, macht sich angreifbar. Ich habe gelernt, damit umzugehen. Denn gefragt sind Verlässlichkeit und Durchhaltewillen auch in schwierigen Momenten. Ich halte mich als Stadtpräsident und Nationalrat daran und werde es auch als Ständerat tun.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative

- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung

- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel

- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Keller-Inhelder Barbara

Partei: SVP
Listennummer: 08.05
Beruf: Geschäftsführerin / Mitinhaberin
Omnia Consulting GmbH
Jahrgang: 1968
Wohnort: Rapperswil-Jona
Internetauftritt: www.keller-inhelder.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Wirtschaftsfreundlichste Kantonsrätin

Ich bin seit 15 Jahren Mitglied des St. Galler Kantonsrats, durfte in über 50 vorberatenden Kommissionen mitwirken und habe während dieser Zeit 25 Vorstösse eingereicht. Dabei habe ich mich sehr früh auf die Bereiche Sicherheit und Finanzen spezialisiert. Generell kämpfe ich für unseren Rechtsstaat, unsere Demokratie und unsere eigene Kultur. Für tiefere Steuern, weniger Bürokratie und insbesondere gegen die zunehmende staatliche Bevormundung in allen Lebensbereichen. Für weniger Asyl- und Sozialmissbrauch, gegen die unkontrollierte Zuwanderung in unsere Sozialwerke, anstatt in den Arbeitsmarkt. Für eine gute Lehrlingsausbildung und gegen die «Verakademisierung» von zahlreichen Berufszweigen. Für Studienplätze für unsere eigenen Studenten, in den Studienrichtungen, deren Absolventen wir benötigen. Und generell für Weitsicht in der Politik – zahlreiche Probleme unseres Landes sind absehbar, aber es wird viel zu spät gehandelt.

Als Geschäftsführerin und Mitinhaberin der Omnia Consulting GmbH bin ich interessiert an guten Bedingungen für Unternehmen und die Industrie. Ich bin Mitglied der Industrie- und Handelskammer St.Gallen/Appenzell, Mitglied der Wirtschaftsgruppe des Kantonsrats, Mitglied der Interessengruppe Haus- und Grundeigentum sowie Vorstandsmitglied im Hauseigentümergebund. Mit grossem Interesse verfolge ich unsere Berufsbildung, bin Mitglied der Berufsfachschulkommission und Präsidentin der Berufsmaturitätskommission des BWZ Rapperswil-Jona und Mitglied der Bildungsgruppe des Kantonsrats.

Die IHK hat mich in ihrem Politrating von 2014 als «wirtschaftsfreundlichste Kantonsrätin» bewertet. Das ist mir eine grosse Ehre, der ich auch in Zukunft gerecht werden will.



Egger Mike

Partei: SVP
Listennummer: 08.06
Beruf: Fleischfachmann EFZ,
Technischer Kaufmann mit eidg. Fachausweis
Jahrgang: 1992
Wohnort: Berneck
Internetauftritt: www.mike-egger.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Trumpfkarte Berufsbildung

Die KMU als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft sind auf gut qualifizierte Berufsleute angewiesen und gleichzeitig hat die Schweiz dank des dualen Berufsbildungssystems einen grossen wirtschaftlichen Standortvorteil. Das zeigt sich auch darin, dass wir die tiefste Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern haben, sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Erwachsenen. Eine ähnliche Entwicklung stellt man auch innerhalb der Schweiz fest: In Kantonen mit tieferem Anteil von Jugendlichen, die eine Berufslehre absolvieren, ist die Arbeitslosigkeit höher.

Die Gleichwertigkeit zwischen Berufs- und Gymnasialbildung muss gewährleistet sein, und dies sollte auch für die Weiterbildung gelten. Während grössere Betriebe ihren Nachwuchsleuten interne Weiterbildungs- und Kaderkurse anbieten, bleibt für die Angestellten kleinerer Unternehmen oft nur der Weg über private Anbieter. Diese Angebote sind meistens sehr teuer und halten manche Interessenten davon ab, sie zu nutzen. Ich setze mich dafür ein, dass die vorhandenen staatlichen Stipendienmöglichkeiten auch für junge Berufsleute leichter zugänglich gemacht werden, denn heute werden in der Regel keine Stipendien für berufsbegleitende Weiterbildungen gewährt. Diese Forderung ist umso gerechtfertigter, als die duale Berufsbildung für den Staat bedeutend kostengünstiger ist als die gymnasiale Ausbildung.

Jungen Berufsleuten stehen alle Karrierewege offen und wegen der Durchlässigkeit des Bildungssystems ist auch für Berufsfachleute der Zugang zu den Fachhochschulen und Universitäten möglich, vorausgesetzt, sie zeigen die notwendige Leistungsbereitschaft.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative
- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung
- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel
- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Hartmann Christof

Partei: SVP
 Listennummer: 08.08
 Beruf: Bankangestellter
 Jahrgang: 1976
 Wohnort: Walenstadt
 Internetauftritt: www.christof-hartmann.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Erfolgreiche Unternehmen als Rückgrat unseres Wohlstandes

Gemäss dem Politrating der IHK St. Gallen-Appenzell vom September 2014 ist die SVP die wirtschaftsfreundlichste Partei im St. Galler Kantonsrat. Ausserdem gilt die SVP gemäss KMU-Rating des Schweizerischen Gewerbeverbandes als die gewerbefreundlichste Partei der Schweiz.

Die Vertreter der SVP geben also nicht nur bürgerliche, wirtschaftsfreundliche Parolen von sich, sondern sie handeln auch im Interesse der Wirtschaft. Diese Tatsache ist der SVP auch für die Zukunft eine Verpflichtung. Denn der Kampf gegen Überregulierung, vielfach produziert von einem aufgeblähten Staats- und Verwaltungsapparat, und der Kampf gegen neue Steuern und Abgaben gehen unvermindert weiter. Mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie lautet die Devise: mehr unternehmerische Freiheit bedeutet weniger bürokratische Knüppel. Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen erlauben es den Unter-

nehmen, Arbeitsplätze zu schaffen und somit den Wohlstand der Schweiz zu sichern.

Ich setze mich konsequent für die Anliegen unserer Wirtschaft ein. Dies zeigt auch mein zweiter Platz im IHK-Politrating. Keine andere Partei vertritt die Anliegen von Wirtschaft und Gewerbe besser und so konsequent wie die SVP. Ich bin ein Vertreter dieser SVP. Sie haben es am 18. Oktober 2015 in der Hand. Besten Dank für Ihre Unterstützung!



Rauper Roman

Partei: SVP
 Listennummer: 08.10
 Beruf: Geschäftsführer
 Jahrgang: 1973
 Wohnort: Gams
 Internetauftritt: www.rauper.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Mann der Wirtschaft mit Bodenhaftung

In der Zeit meiner internationalen Berufserfahrung durfte ich Teams auf allen Kontinenten leiten und darf heute Politiker aus aller Welt, Wirtschaftskapitäne und motivierte Arbeiter meine Freunde nennen.

Angefangen hat alles mit meinem Studium zum Elektroingenieur in Rapperswil. Nach dem Studium zog es mich nach Japan, wo ich mich acht Jahre niederliess und für die Schweizer Unternehmen Schindler und Forbo im Asien-Pazifik-Raum tätig war.

Nach meiner Rückkehr war ich zwei Jahre in einem Hightech-Unternehmen in Genf, bevor ich eine leitende Stellung bei Oerlikon Balzers übernahm und ins schöne Rheintal zog. 2011 übernahm ich die industrie consulting und bin aktiv als Interims-Manager, derzeit als Geschäftsführer der TEL Mechatronik in Trübbach.

Schon immer interessierte ich mich für das Weltgeschehen und die Schweizer Politik. Seit 2005 sitze ich im Auslandschweizerrat als De-

legierter für Japan. 2012 wurde ich zum Vizepräsidenten der SVP International und in den Zentralvorstand der SVP Schweiz gewählt. Auf der Liste 8, als Nationalratskandidat der SVP St. Gallen und SVP International, hoffe ich auf Ihre Stimmen.

Ich setze mich ein für:

- weniger Bürokratie und mehr Effizienz
- eine weltoffene, eigenständige und sichere Schweiz
- eine starke Schweizer Wirtschaft im In- und Ausland sowie für die Förderung des Technologie-Standortes Schweiz
- die Beibehaltung der Einzigartigkeit der Schweiz (Neutralität, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus)
- nachhaltige Innovationen im Bereich Umwelt und Energiegewinnung
- die Anerkennung des schweizerischen Bildungssystems im Ausland.

A Masseneinwanderungsinitiative
 B Mindestlohn-Initiative
 C Ecopop-Initiative

D Energiesteuer
 E Erbschaftssteuer
 F Buchpreisbindung

G 6 Wochen Ferien
 H 1:12-Initiative
 I Familienartikel

J Minder-Initiative
 K Raumplanung



Scheiwiller Paul

Partei: SVP
Listennummer: 08.11
Beruf: Unternehmer / Geschäftsführer
Jahrgang: 1966
Wohnort: Waldkirch
Internetauftritt: www.paul-nach-bern.ch

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

Unternehmer mit Herzblut

Als langjähriger Inhaber der Dirim AG, eines national und international tätigen Gewerbebetriebes mit über 20 Mitarbeitenden, sowie als ehrenamtlicher CEO / VRP der Walter Zoo AG Gossau mit weiteren 60 Vollzeitstellen sind mir gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und im Speziellen für die kleinen und mittleren Unternehmen besonders wichtig. Dazu gehört der Abbau von Gebühren, Steuern, Bürokratie und Statistiken. Dies fördert Innovationen, Pioniergeist und eine nachhaltig gesunde Entwicklung der Unternehmen in der Schweiz. Dieses Wissen, verbunden mit meinen Erfahrungen als gelernter Landwirt, kann ich als Nationalrat in Bern dann einsetzen, wenn wieder einmal Prozesse am Laufen sind, die jenseits von Wirtschaftlichkeit und Effizienz sind. Es braucht im Nationalrat mehr Unternehmer! Sinnvolle und nötige Investitionen in die Verkehrs- und Energieversorgungsinfrastruktur sichern den Werkplatz Schweiz und die Un-

abhängigkeit unseres Landes. Unser Berufsbildungssystem ist eines der Besten auf der Welt und erlaubt uns, eigene gut qualifizierte Fachleute auszubilden. Die Einwanderung in unser Land soll massvoll, selbstgesteuert und nach den Bedürfnissen der Wirtschaft geregelt werden. Der Staat soll die Steuergelder wieder kostenbewusst und gezielt für die Sicherung von Freiheit und Wohlstand für unser Land einsetzen. Ich setze mich für eine weltoffene, neutrale, selbstbewusste, aber auch selbstbestimmte Schweiz ein. Dazu gehört, dass die Schweiz weder der EU noch der Nato beitreten soll. Nur so können wir unsere Freiheit, Neutralität und unseren Wohlstand sichern.

Im Spannungsfeld zwischen Mensch, Umwelt und Staat sind wir Unternehmer täglich gefordert. Dabei hilft mir mein Motto: verstehen – entscheiden – umsetzen.



Lüthi Sonja

Partei: Grünliberale
Listennummer: 16.02
Beruf: Leiterin Neue Energien
Jahrgang: 1981
Wohnort: St. Gallen
Internetauftritt: www.sonjaluethi.ch

A		B			
C		D	E		
F	G	H	I	J	K

Neue Energie für den Nationalrat

Für folgende Themen möchte ich mich im Nationalrat einsetzen:
Energiewende: Wir brauchen Rahmenbedingungen, welche Anreize setzen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und auf erneuerbare Energien umzustellen. Der Wechsel von fossilen Energieträgern und Atom hin zu erneuerbaren Energien soll durch Kostenwahrheit und Lenkungsabgaben anstatt mit Subventionen stattfinden.
Vereinbarung von Familie und Beruf: Kindererziehung soll mit einer Berufstätigkeit vereinbar sein. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag gegen den zunehmenden Fachkräftemangel geleistet.
Europapolitik: Für eine kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz ist der Zugang zu den internationalen Märkten wichtig. Politisch und wirtschaftlich sind wir stark mit der EU verbunden. Ich befürworte deshalb den bilateralen Weg mit der EU und dessen Weiterentwicklung.

Gesunde Finanzen: Der Staat soll nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt, und unseren Nachkommen keinen Schuldenberg hinterlassen. Wir brauchen eine sparsame Ausgabenpolitik und eine einfachere, kundenfreundliche Verwaltung.
Liberale Wirtschaftsordnung: Das Unternehmertum wird zunehmend durch Bürokratie und Überregulierung behindert. Dies trifft insbesondere die KMU. Ich setze mich ein für eine liberale Wirtschaftsordnung und einen flexiblen Arbeitsmarkt.
Altersvorsorge: Die demographische Entwicklung fordert unsere Altersvorsorge stark und verlangt Revisionen. Um das bewährte Dreisäulen-System der schweizerischen Altersvorsorge langfristig zu sichern, braucht es eine Schuldenbremse und finanzierbare Renten. Der Zeitpunkt der Pensionierung muss geschlechtsneutral flexibilisiert und die schlechende Enteignung der jungen Generation bei der Pensionskasse gestoppt werden.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative
- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung
- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel
- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Gasser-Beck Jacqueline

Partei: Grünliberale
 Listennummer: 16.08
 Beruf: Geschäftsführerin, Juristin
 Jahrgang: 1971
 Wohnort: St. Gallen
 Internetauftritt: www.jacquelinegasserbeck.com

A		B	
C	D	E	
F	G	H	I
J		K	

Eine mutige Innovationskultur für wirtschaftlichen Erfolg und echte Lebensqualität

In einem Familienbetrieb im Herzen der St. Galler Altstadt aufzuwachsen war ein echtes Privileg. Mein Umfeld hat mir täglich gezeigt, dass man nur mit innovativen Ideen und einer guten Portion Mut im Leben vorankommt. Diese persönlichen Erfahrungen prägen meine politische Motivation. Ein lebendiges Gewerbe sowie Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Risiken UND Verantwortung übernehmen, sind zentrale Eckpfeiler unserer Gesellschaft.

Deshalb setze ich mich ein ...

Wirtschafts- und Finanzpolitik:

- für eine offene, vernetzte Schweiz mit einer konstruktiven Europapolitik
- für einen attraktiven Innovations- und Bildungsstandort
- für ein vielfältiges, lebendiges Gewerbe

Liberale Umweltpolitik:

- für die «2000-Watt-Gesellschaft» – für ei-

nen bewussten Umgang mit Energie im Alltag (Wohnen, Mobilität, Recycling)

- für die Förderung von erneuerbaren Energien

Gesellschaftspolitik:

- für eine offene und tolerante Gesellschaft und einen positiven Umgang mit Urbanisierungsherausforderungen
- für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere für Frauen und Männer

Raumplanung:

- für die Eindämmung der Zersiedelung
- für attraktive urbane Lebensräume

Warum man mich wählen sollte:

Weil es in Bern Vertreterinnen braucht, die sich für eine moderne, urbane Gesellschaft einsetzen und mit proaktiven Lösungsvorschlägen der politischen Polarisierung entgegenwirken.



Rickert Nils

Partei: Grünliberale
 Listennummer: 16.05
 Beruf: Organisationsberater, Unternehmer
 Jahrgang: 1973
 Wohnort: Rapperswil-Jona
 Internetauftritt: www.nilsrickert.ch

A		B	
C	D	E	
F	G	H	I
J		K	

Als grünliberaler Politiker setze ich mich dafür ein, dass ein verantwortungsvolles Unternehmertum langfristig gute Rahmenbedingungen erhält. Dazu gehört genügend Raum für Entwicklung – aber nicht Land à discrétion. Dazu gehört eine Reform der Sozialwerke, damit Unternehmen und die jüngeren Generationen nicht unter immer mehr Transferzahlungen erdrückt werden. Und dazu gehört eine offene Schweiz, die sich nicht mit absurden Regulierungen genau von den Märkten abkapselt, die unseren Wohlstand sichern.

Leider sind in der Schweiz immer mehr gefährliche politische Entwicklungen zu beobachten. Nicht nur die schädlichen Abschottungs-Forderungen gefährden unseren Wohlstand. Es werden auch einige Interessengruppen immer stärker. Die Bauern wehren sich erfolgreich gegen jede Sparmassnahme. Der Tourismus ergattert sich immer neue Steuererleichterungen. Die Wirte sind dabei,

die Liberalisierung der 90er-Jahre rückgängig zu machen usw.

Andererseits verlieren die Wirtschaftsverbände viele zentrale Abstimmungen. Es gelingt der Wirtschaft kaum noch, sich bei wichtigen Reformen (z.B. Sozialwerke) Gehör zu verschaffen. Diese Probleme sind teilweise hausgemacht. Einige Verbände und ihre Exponenten haben zu lange einseitige und maximal-liberale Forderungen gestellt, z.B. bei der Raumplanung und der Finanzmarktregulierung. Ich sehe aber auch den Trend zu einer Erneuerung und Modernisierung der Verbände. Diese Entwicklung unterstütze ich voll und ganz, damit die Wirtschaft ihre berechtigten Interessen wieder stärker einbringen kann. Dazu müssen wir als Wirtschaftsvertreter für die wesentlichen Probleme unserer Zeit Hand zu nachhaltigen Lösungen bieten. Hier können gerade die Grünliberalen als neue Kraft viel beitragen.

- | | | | |
|---------------------------------|--------------------|-------------------|---------------------|
| A Masseneinwanderungsinitiative | D Energiesteuer | G 6 Wochen Ferien | J Minder-Initiative |
| B Mindestlohn-Initiative | E Erbschaftssteuer | H 1:12-Initiative | K Raumplanung |
| C Ecopop-Initiative | F Buchpreisbindung | I Familienartikel | |



Kanton Appenzell Ausserrhoden: Je ein Sitz im National- und im Ständerat

Kann die FDP ihre Stellung verteidigen?

Während der Wechsel von Andrea Caroni in die kleine Kammer unbestritten scheint, muss die FDP um den einzigen Nationalratssitz kämpfen. Auch die SVP und die SP möchten diesen ergattern.

IHK-Vorstandsmitglied Hans Altherr verlässt die Politbühne. Nach knapp zwölf Jahren im Ständerat und fast 40 Jahren in der Politik insgesamt, tritt der 65-Jährige auf Ende dieser Legislatur zurück. Kurz nach Bekanntgabe seines Rücktrittes hat FDP-Nationalrat Andrea Caroni sein Interesse an einem Wechsel in die kleine Kammer öffentlich gemacht. Der sympathische und clevere Caroni wurde vor vier Jahren neu in den Nationalrat gewählt und setzte sich damals gegen gewichtige Konkurrenz durch.

Unbestrittener Wechsel

Diesen Herbst kann er dem Wahltermin gelassener entgegenblicken: Der Ständeratssitz will ihm offenbar niemand streitig machen.

Der ehemalige Berater von Bundesrat Hans-Rudolf Merz hat sich innert kurzer Zeit im Parlament und der Öffentlichkeit einen guten Namen gemacht und gilt als Hoffnungsträger der FDP. Folgt er möglicherweise bald seinem Mentor Merz in die Regierung?

Nationalrat: FDP oder SVP?

Eine spannendere Ausgangslage versprechen die Nationalratswahlen. Durch den angestrebten Wechsel von Andrea Caroni in den Ständerat wird der einzige Nationalratssitz von Appenzell Ausserrhoden frei. Die noch immer im Kanton dominierende FDP steigt mit Markus Bänziger aus Teufen ins Rennen. Der 48-Jährige ist CFO und Geschäftsleitungsmitglied der Forster Rohner

AG. Politisch engagiert er sich seit 2012 im Gemeinderat von Teufen und präsidiert die Finanzkommission.

Ebenfalls ein Mann der Wirtschaft ist der Kandidat der SVP: Der 36-jährige David Zuberbühler führt zusammen mit seinem Bruder drei KMU-Betriebe und ist seit 2011 Kantonsrat. Da er mit seinen Firmen nicht IHK-Mitglied ist und damit nicht von einer kostenlosen Vorstellung in diesem Heft profitieren konnte, verzichtete er auf ein Porträt.

Neben FDP und SVP versucht es auch wieder die Linke, den Sitz im Nationalrat zu ergattern. Die SP steigt mit Jens Weber aus Trogen ins Rennen – allerdings nur mit Aussenseiterchancen. (ros)



Caroni Andrea

Kandidatur für den Ständerat

Partei: FDP
 Beruf: Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter
 Jahrgang: 1980
 Wohnort: Herisau
 Internetauftritt: www.andrea-caroni.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung

Ich möchte mich in Bern weiterhin für Ausserrhoden und die Ostschweiz und für eine freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzen.

Wirtschaftsfreiheit bedeutet: Wir entscheiden selber, welchen Beruf wir erlernen möchten, wie wir für wen arbeiten und wieviel wir konsumieren oder doch lieber sparen wollen. Jeder soll auf seine Art nach seinem Glück streben können und die Früchte seines Fleisses und Mutes ernten. Mit der Freiheit kommt aber auch die Verantwortung: Man darf niemanden schädigen ausser sich selbst, und so, wie man den Erfolg feiert, so hat man auch den Misserfolg zu tragen. Es ist kein planwirtschaftlicher Zentralstaat da, der sagt, wo es langgeht, sondern: Die Wirtschaft sind wir alle.

Natürlich funktioniert auch eine freiheitliche Wirtschaft nicht ohne Spielregeln. Dafür braucht es einen durchsetzungsstarken, aber schlanken Staat: Dieser garantiert Eigentums-

rechte und schützt Verträge, spannt ein soziales Auffangnetz, investiert in ein fortschrittliches Bildungswesen, sorgt für die nötige öffentliche Infrastruktur und garantiert unsere Sicherheit.

Doch unserer freien Wirtschaftsordnung drohen von überall her Gefahren. Es lauern Regulierung, Bürokratisierung, Zentralisierung, eine steigende Steuerlast, ein wachsender Sozialstaat, staatliches Wirtschaften und Staatsverschuldung.

Um unsere wirtschaftliche Freiheit – Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz – zu verteidigen und auszubauen, brauchen wir Politiker den Mut, konsequent liberal zu sein, also nicht nur am Sonntag, sondern auch am Montag. Wir müssen dem Druck widerstehen, bei jedem medialen Aufschrei ein neues Gesetz fordern oder Lobbys etwas zuhalten zu wollen. Stattdessen müssen wir die Fahne der Freiheit für alle hochhalten – auch im Gegenwind. Dies ist mein tägliches Bestreben.



Bänziger Markus

Kandidatur für den Nationalrat

Partei: FDP
 Beruf: Finanzchef, Betriebsökonom HWV
 Jahrgang: 1967
 Wohnort: Teufen
 Internetauftritt: www.markus-baenziger.ch

A		B			
C		D		E	
F	G	H	I	J	K

Wirtschaft und Gesellschaft

Verwurzelt, bodenständig und zugleich welt offen – diese Attribute werden mir zugeschrieben. Für mich bilden Tradition und Fortschritt keinen Gegensatz – im Gegenteil: Der Mut zu Neuem und die Bereitschaft, Herausforderungen anzunehmen, gehören meiner Ansicht nach zu den traditionellen appenzelischen Tugenden.

Nach einer kaufmännischen Lehre, der Offiziersausbildung und der Fachhochschule (HWV) in St. Gallen war ich während 17 Jahren bei den Helvetia Versicherungen in Kaderfunktionen tätig, zuletzt von 2005 bis 2010 als Finanz- und Lebensversicherungs-Chef der Helvetia Österreich in Wien. Seit 2010 bin ich Finanzchef der global tätigen Forster Rohner Gruppe in St. Gallen.

Mein öffentliches Engagement begann früh: Als 16-Jähriger leitete ich die Jugendriege, im Alter von 25 Jahren engagierte ich mich im Vorstand der FDP Teufen. Vor drei Jahren wurde ich in den Gemeinderat gewählt und

präsidiere seither die Finanzkommission der Gemeinde, in der meine Familie seit Generationen lebt. Wirtschaftlicher Erfolg ist nicht der einzige Massstab – aber Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Deshalb engagiere ich mich im Vorstand von Wirtschaft Region St. Gallen (WISG) sowie im Vorstand der IG Engpassbe-seitigung.

Auch in Bern will ich ähnliche Ziele verfolgen, für einen stabilen Finanzhaushalt der Eidgenossenschaft sowie für möglichst attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen eintreten. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell – mit breit verteiltem Wohlstand, Vollbeschäftigung und einer liberalen Gesellschaftsordnung – keine Selbstverständlichkeit, sondern das Werk von Generationen. Nur dank dem gelebten Föderalismus gelingt es, die unterschiedlichen Regionen der Schweiz zusammenzuhalten.

- A Masseneinwanderungsinitiative
- B Mindestlohn-Initiative
- C Ecopop-Initiative

- D Energiesteuer
- E Erbschaftssteuer
- F Buchpreisbindung

- G 6 Wochen Ferien
- H 1:12-Initiative
- I Familienartikel

- J Minder-Initiative
- K Raumplanung



Kanton Appenzell Innerrhoden: Ein Nationalratssitz ist zu besetzen

Wahlgang mit klarem Ausgang

Noch deutlicher als die FDP in Appenzell Ausserrhoden, dominiert die CVP die Politik in Innerrhoden. Landammann Daniel Fässler bewirbt sich um eine weitere Amtsdauer als Nationalrat. Ivo Bischofberger bleibt mit Sicherheit Ständerat – seine Wahl fand bereits an der letzten Landsgemeinde statt.

Wer spannende eidgenössische Wahlen erleben möchte, muss sicherlich nicht nach Appenzell blicken. Die CVP ist und bleibt unangefochtene Kraft im kleinsten Kanton der Schweiz und dürfte auch in der nächsten Legislatur sowohl den National- als auch den Ständeratssitz besetzen.

Ivo Bischofberger bestätigt

Letzteres ist ohnehin schon ausgemachte Sache. Der 57-jährige Ivo Bischofberger wurde bereits an der Landsgemeinde am letzten Aprilsonntag für eine dritte Amtsdauer im Ständerat bestätigt. Er wurde ohne Diskussionen und ohne Gegenkandidat einstimmig wiedergewählt. Bischofberger kann also dem Wahl-

kampftreiben in den anderen Kantonen gelassen entgegenblicken. Weil er deshalb diesen Herbst gar nicht mehr zur Wahl steht, wird er in diesem Heft auch nicht vorgestellt.

SP fordert Daniel Fässler heraus

Auch der amtierende Innerrhoder Nationalrat muss wenig fürchten: Daniel Fässler, gleichzeitig stillstehender Landammann und Volkswirtschaftsdirektor, kann auf eine breite Wählerbasis zählen und ist unbestritten.

Jedenfalls beinahe: Die SP will es mit ihrem Präsidenten, dem 61-jährigen Martin Pfister, versuchen. Der Sozialpädagoge nimmt damit nach 2011 bereits zum zweiten Mal einen Anlauf für den Innerrhoder Nationalratssitz.

Doch es zweifelt niemand daran, wer in der nächsten Legislatur die beiden Innerrhoder Sitze in der Bundesversammlung besetzen wird: Sie sind CVP-Vertreter und heissen Ivo Bischofberger und Daniel Fässler. Schliesslich haben beide Bisherigen in Bern nach typischer Innerrhoder Art politisiert: unabhängig, unaufgeregt, differenziert sowie einfluss- und erfolgreich.

Ivo Bischofberger respektive Appenzell Innerrhoden werden zudem in der nächsten Legislatur eine besondere Ehre zuteil. Als momentan zweiter Vizepräsident des Ständerates wird Bischofberger turnusgemäss in einem guten Jahr das Präsidium der kleinen Kammer übernehmen können. (ros)



Fässler Daniel

Kandidatur für den Nationalrat

Partei: CVP

Beruf: Dr. iur. Rechtsanwalt; Landammann; Nationalrat

Jahrgang: 1960

Wohnort: Appenzell

A		B			
C	D	E			
F	G	H	I	J	K

Seit bald vier Jahren darf ich den Kanton Appenzell Innerrhoden im Nationalrat vertreten. Zusammen mit meiner Haupttätigkeit als Landammann und Volkswirtschaftsdirektor (seit 2008) sowie den vielen dazugehörenden Nebenaufgaben (z.B. Vizepräsidium des Bankrates der Appenzeller Kantonalbank oder Präsidium der Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht) bin ich ausgelastet. Die Anwaltstätigkeit gab ich daher auf – und wurde zum Berufspolitiker. Meine politischen Ziele haben sich dadurch nicht verändert.

Sollte mich das Innerrhoder Stimmvolk für eine weitere Legislatur als seinen Vertreter in den Nationalrat wählen, werde ich mich weiterhin für den ländlichen Raum und dessen Bevölkerung einsetzen, mich gegen die nicht enden wollenden Angriffe auf unsere liberale Wirtschaftsordnung zur Wehr setzen, für gesunde Bundesfinanzen sowie für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen und immer wieder an das Prinzip der

Subsidiarität und den Föderalismus erinnern. Illusionen mache ich mir dabei keine. Manche Parlamentarier meinen, nur dann auf sich aufmerksam machen und Spuren hinterlassen zu können, wenn sie für immer neue Fragestellungen neue Regeln fordern. Die Einsicht, dass der Status quo und Zurückhaltung manchmal vorteilhafter sein können als Aktionismus, habe ich in den letzten Jahren oft vermisst.

Für die kommende Legislatur wünsche ich mir, dass die Polarisierung der Parteipolitik zurückgedrängt wird und die konstruktive Zusammenarbeit wieder Oberhand gewinnt. Die Schweiz hätte es verdient. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei den anstehenden Wahlen ähnliche Gedanken machen. Dann wird das Erfolgsmodell Schweiz auch die Herausforderungen der nächsten Jahre meistern.

A Masseneinwanderungsinitiative
 B Mindestlohn-Initiative
 C Ecopop-Initiative

D Energiesteuer
 E Erbschaftssteuer
 F Buchpreisbindung

G 6 Wochen Ferien
 H 1:12-Initiative
 I Familienartikel

J Minder-Initiative
 K Raumplanung

